

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 13. Dezember 1968

Blatt 3663

Budgetdebatte zweiter Tag:

Personalangelegenheiten, Verwaltungs- ===== und Betriebsreform =====

13. Dezember (RK) Im ersten Referat des heutigen Tages der Budgetdebatte im Wiener Rathaus sprach Personalstadtrat Hans Bock (SPÖ) über das Kapitel I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform. Daß der Mann von der Straße immer mit einem gewissen Unbehagen an eine Ansammlung von "Bürokraten" denkt, wenn vom öffentlichen Dienst die Rede ist, stellte der Personalstadtrat zu Beginn seiner Berichterstattung über die Verwaltungsgruppe Personalangelegenheiten unumwunden fest. Angesichts einer Zahl von 54.000 aktiven städtischen Bediensteten frage sich der Bürger, ob sich die Volkswirtschaft einen solchen Aufwand leisten könne.

Der Stadtrat traf eine grundsätzliche Feststellung: "Das Ziel der Verwaltung ist nicht leicht zu erfassen, weil sie keine Ware produziert, an der sich ihr Wert messen ließe!". Hingegen habe jede - auch die komplizierteste - industrielle Anlage ihren erkennbaren Zweck.

Auch berühre der einzelne Industriebetrieb nicht unmittelbar die Person des Bürgers. Die Verwaltung hingegen greife tief in sein Privatleben ein und begleite ihn auf Schritt und Tritt.

./.

"Schutzmaßnahmen gegen angenommene Übergriffe der Verwaltung", sagte der Redner, "bietet die Verwaltung selbst. Sie prüft sich durch den hierarchischen Aufbau sowie durch ein System der Kontrollen und des Ausgleichs, was allerdings vielfach als eine Verlangsamung des Verwaltungsablaufs betrachtet wird."

Personalaufwand und Dienstpostenplan

Zu den Einzelheiten seines Ressorts traf der Personalstadtrat einleitend die Feststellung, daß Volksvertretung und Bürokratie - im konkreten Fall Gemeinderat und Gemeindebedienstete - einander unabänderlich bedingen. Er zitierte den englischen Gelehrten Wheare, der gesagt hat: "Die Volksvertretung ohne Bürokratie wäre hinkend und lahm. Die Bürokratie ohne Parlament wäre taub und blind."

Dann befaßte sich der Redner mit dem Personalaufwand und dem Dienstpostenplan: Der Wiener Magistrat - mit Ausnahme der Stadtwerke - rechnet für das Jahr 1969 mit Personalausgaben von 3.767,53 Millionen Schilling. Der Personalaufwand übersteigt den des Vorjahresanschlages um 500,65 Millionen Schilling. Das Steigen des Personalaufwandes ergibt sich auf Grund der Auswirkungen der ersten und zweiten Etappe der Bezugsneuregelung. Die Wiener Stadtwerke rechnen für das kommende Jahr mit einem Personalaufwand von insgesamt 2.341,49 Millionen Schilling, das sind um 290,54 Millionen Schilling mehr als im laufenden Jahr.

Der Dienstpostenplan sieht beim Magistrat mit Ausnahme der Wiener Stadtwerke im Verhältnis zum Voranschlag 1968 eine Vermehrung um 341 Dienstposten vor. Der Personalstand wird demnach im nächsten Jahr 35.448 aktiv Bedienstete betragen, wobei 33.255 Dienstposten auf das vollbeschäftigte, 1.334 auf das teilbeschäftigte Personal entfallen. Dem steht bei den Wiener Stadtwerken für das Jahr 1969 ein Personalstand von 18.036, um 14 Bedienstete weniger als 1968, gegenüber.

Der Mehrbedarf auf dem Personalsektor gründet sich auf die Eröffnung neuer Kindergärten und Horte, zum Teil aber auch darauf, daß im Gesundheitswesen Ordensschwwestern ersetzt werden müssen. Allerdings kommen auch gewisse Personaleinsparungen zum Tragen, so zum Beispiel im Besoldungsamt, wo die elektronische Verrechnung forciert wird, oder bei der Magistratsabteilung 45 durch die Errichtung der neuen Zentralwäscherei.

Stadtrat Bock korrigierte eine weitverbreitete Fehlmeinung, wonach der Wiener öffentliche Dienst hauptsächlich aus "Schreibtischbürokraten" bestehe. Wien mit seinen rund 54.000 Bediensteten beschäftigt in der Hoheitsverwaltung zirka 4.000 Beamte, die an einem Bürotisch arbeiten, bei den Stadtwerken sind es lediglich zirka 1.700, also insgesamt nicht mehr als 10 Prozent des gesamten Beschäftigungsstandes. Der öffentliche Dienst bietet in Wien ein buntes Mosaik vieler verschiedener Berufe- allein von den 35.000 Beschäftigten der Hoheitsverwaltung sind nahezu 15.000 in den Krankenhäusern und Wohlfahrtsanstalten tätig. Unsere Kindergärtnerinnen, Fürsorgerinnen, Gärtner, Friedhofsarbeiter, Müllaufleger, Badewärter und so fort, sie alle erbringen unzählige soziale und technische Dienstleistungen, die möglicherweise auch privatwirtschaftlich erbracht werden könnten, deren Reprivatisierung aber nur äußerst selten öffentlich gewünscht wird. Unter diesen Bedingungen wird sich die Wachstumsrate des öffentlichen Dienstes leider in den nächsten Jahren weiter vergrößern.

Gute und menschliche Verwaltung

Die Erwartungen der Wiener Bevölkerung, die sie in die Verwaltung setzt, bestehen in der Forderung, daß Gesetz und Recht geachtet werden. Aber mehr noch: Der Bürger erwartet eine gute und menschliche Verwaltung.

Stadtrat Bock bezeichnete dies als Kernpunkt. Eine gute Verwaltung basiere, sagte der Stadtrat, nicht allein darauf, ob Gesetze gut oder weniger gut sind. Sie werde vielmehr vor allem von dem Personenkreis bestimmt, der die Gesetze zu hüten habe. Der Stadtrat zitierte Bismarck, der gesagt hat, daß sich zwar mit schlechten Gesetzen, jedoch brauchbaren Beamten immer noch einigermaßen regieren lasse.

Bei schlechten Beamten hingehen -- so Bismarck -- nützen auch die besten Gesetze nichts.

Gute und menschliche Verwaltung stehe übrigens keineswegs im Widerspruch mit der Verpflichtung der Verwaltung, nach Gesetz und Recht zu handeln. Besonders im Falle einer Ablehnung von Wünschen des Gemeindebürgers ist die Form wichtig, in der ihm diese Ablehnung erklärt wird. Stadtrat Bock erwähnte auch die Forderung nach höflichen und leicht lesbaren Hinweisen, wenn gewisse Änderungen lokaler Art bei einer Dienststelle eintreten. Ebenso solle man, wenn eine Straße wegen Reparaturarbeiten vorübergehend gesperrt wird, der Bevölkerung die Ursache dieser Maßnahme, ihre voraussichtliche Dauer - und vielleicht sogar die Kosten der Reparatur - mitteilen. Solche und andere Maßnahmen der Verwaltung würden viel dazu beitragen, das "Image" der Bürokratie zu verbessern.

Dann ging der Stadtrat auf das große Kapitel der Demokratisierung der Verwaltung ein. Trotz aller Einwände sei die Schaffung von Kommissionen dafür ein wichtiges Instrument. In Österreich betrachte man derartige Einrichtungen mitunter als ein Begräbnis erster Klasse. Dennoch sei er nicht der Meinung, daß es in Wien zu viele Kommissionen gäbe. Man müsse sich nur darüber klar sein, daß Kommissionen kein Ersatz, sondern eine Ergänzung seien, deren Leistung in der Erarbeitung optimaler Entscheidungsgrundlagen bestehe. Die Aufgabe von Kommissionen könne es niemals sein, jenen, die zur Entscheidung berufen sind, diese Entscheidung abzunehmen. Vielmehr basiere die Tätigkeit einer Kommission auf dem Gespräch zwischen Fachleuten, Praktikern und Politikern. "Die fortschrittliche Demokratie bedarf dieses Dialoges", meinte der Personalstadtrat.

Rationalisierung: Niemand wird gekündigt

Breiten Raum in seinem Bericht widmete Stadtrat Bock den Angelegenheiten der Verwaltungsvereinfachung. Neben der Frage nach einer Verwaltungsreform, die sich als eine Aufgabe in Permanenz darstellt, erhebt sich selbstverständlich die Notwendigkeit nach einer durchgreifenden Verwaltungsvereinfachung. Deren Schwerpunkt liegt mehr im organisatorischen Bereich. Durch sie werden mit gezielten Maßnahmen eine Vereinfachung, Verbesserung und Verbilligung erreicht, ohne daß das grundlegende System der Verwaltungsordnung eine Neugliederung erfährt. Es liegt auf der Hand, daß es schwierig ist, die Arbeit der Verwaltung so zu rationalisieren, daß sie sofort Vorteile für den Bürger und, namentlich durch die Verminderung des Personalstandes, eine gewisse Ersparnis mit sich bringt. Es kann eine Vereinfachung der Verwaltungstechnik angestrebt werden, die zumindest eine gewisse Arbeits erleichterung bedeutet. Wesentlich für eine Verwaltungsvereinfachung sind auch innerbetriebliche Rationalisierungsmaßnahmen. Sie können nicht von heute auf morgen, sondern nur Schritt für Schritt nach eingehenden Vorarbeiten durchgeführt werden.

"Man darf sich jedoch", sagte Bock, "trotz allen neuen, zweifellos kühnen und erfolgbringenden technischen Möglichkeiten nicht darüber hinwegtäuschen, daß es unser vordringliches Bestreben sein muß, in erster Linie durch einen gelenkten Abbau von Verwaltungsaufgaben zur Verwaltungsvereinfachung beizutragen."

Die Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen in der Verwaltung einer Stadt wie Wien sei nicht leicht, sagte der Redner. Das Potential der Verwaltungsarbeit hänge nicht ausschließlich von der Steuerkraft der Stadt ab, sondern auch ganz besonders von den Aufgaben, die im Interesse des öffentlichen Wohls zu erfüllen sind. Deshalb könne man nicht einfach an die Tätigkeit eines Einsparungskommissärs denken, der etwa Dienstposten abbaut und darin die Lösung des Problems zu finden glaubt. Vielmehr sei zuerst festzustellen, ob und in welchem Umfang überlieferte Arbeiten und Aufgaben noch nötig sind.

Dazu müsse nach exakten Untersuchungen der quantitative und qualitative Personalbedarf ermittelt werden. Gleichzeitig könne man dann alle gebotenen Rationalisierungsmaßnahmen durchführen. Stadtrat Bock meinte, es komme letztlich darauf an, "die einfachste und wirkungsvollste Form der Organisation auf Grund von Querschnittuntersuchungen zu finden".

Die Schwierigkeit dabei sei, daß, obwohl in der Verwaltung Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit einen hohen Rang einnehmen, der höchste Rang immer der Sorge für den einzelnen Menschen und damit dem Gemeinwohl gebühre. Schon allein deshalb könne man an dieses Problem nicht nur mit dem Rechenstift herangehen.

Der Stadtrat stellte auch eindeutig fest: "Eine Kündigung von Bediensteten aus Anlaß von Rationalisierungsmaßnahmen erfolgt grundsätzlich nicht". Vielmehr sei daran gedacht den Übergang durch den normalen Personalabgang aufzufangen.

Aber auch eine andere Klarstellung sei vonnöten: Bei Auflassung von Dienstposten sind Versetzungen von Bediensteten in andere Dienststellen, die eine personelle Verstärkung brauchen, nicht zu umgehen. Bei den Bemühungen der Stadtverwaltung stehe im Mittelpunkt das klare Abwägen zwischen der Existenzsicherung der Bediensteten und dem Interesse der Öffentlichkeit an der Durchführung einer sparsamen und rationellen Verwaltung.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

- - -

Budgetdebatte zweiter Tag:Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung
=====

13. Dezember (RK) Im zweiten Referat des heutigen zweiten Tages der Budgetdebatte im Wiener Rathaus sprach Kulturstadträtin Gertrude Sandner (SPÖ) über das Kapitel III, Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung.

Zu Beginn ihres Referates erwähnte sie den 50. Jahrestag der Republikgründung und stellte fest, daß die Bedeutung von Jubiläen nicht nur im Rückblick, im Erinnern, liege. Jubiläen sollen uns auch willkommener Anlaß sein, um zu prüfen, ob Arbeit und Methoden, ob Programm und Zielsetzung auch einer so veränderten Zeit mit gewaltigen Umwälzungen entsprechen.

Wir wissen, daß sich schon heute die Summe der Informationen, über die unsere Wissenschaft insgesamt verfügt, alle zehn Jahre verdoppelt; daß die Gesamtzahl aller Forscher, die in den Jahrtausenden vom Beginn unserer Kultur bis zum Anfang dieses Jahrhunderts das Gebäude der europäischen Wissenschaften errichtet haben, nicht größer ist als die Summe der in der Gegenwart gleichzeitig arbeitenden Gelehrten. Die Arbeitskraft dieser Armee von Forschern, ihr Einfallsreichtum, ihre Energie und Zusammenarbeit, verändern alle Lebensbereiche in immer schnellerem Tempo, sie verwandeln aber auch die Wissenschaft selbst so rasch, daß der Kenntnisstand, den man sich mit seinem Studium erwirbt und mit seinem Abschluß nachweist, ständig der Ergänzung bedarf.

Dies alles gilt jedoch nicht nur für Akademiker; dieser Fortschritt der Wissenschaften übersetzt sich in spürbare Umgestaltungen aller Produktionsprozesse und führt zu einer permanenten Revolution der Berufsanforderungen und Berufsstrukturen in allen Schichten der Gesellschaften, verändert die Freizeitgewohnheiten, die Aussagen kulturellen Lebens und die Auffassungen von Weltanschauungen.

Die Bereitschaft, Neues zu lernen

Dieser Fortschritt der Wissenschaften erzwingt eine wachsende Mobilität der Gesellschaft und des einzelnen, sprengt alle statischen und nach Stabilität orientierten Ordnungsgedanken, und stellt damit Politik und Verwaltung vor Aufgaben, die sich mit den überlieferten Kenntnissen und Formen allein nicht mehr lösen lassen. Mobilität erfordert die Bereitschaft, umzulernen, Neues zu lernen.

Grundlagenforschung und Bildungsarbeit gewinnen in diesem Zusammenhang immer mehr an Bedeutung. Eine Widmung des Wiener Gemeinderates anlässlich des Jubiläums "50 Jahre Bundeshauptstadt Wien" gilt daher der Errichtung eines großzügig dotierten Wissenschaftsfonds, an dessen Vorbereitung berufene Stellen und Persönlichkeiten intensiv arbeiten. Die von diesem Fonds in Auftrag gegebenen oder geförderten Auftragsarbeiten sollen primär der Anpassung der kommunalen Aufgaben und Leistungen im Sinne der oben gegebenen Hinweise dienen.

Das Jahr 1968 ist aber auch das letzte volle Jahr der Tätigkeit der gegenwärtigen Landesregierung, bzw. des Stadtsenats, und die Budgetdebatte 1968 bietet daher auch Gelegenheit, zu prüfen, inwieweit die seinerzeitigen Ziele für die Verwaltungsperiode erreicht werden konnten.

Der Geschäftsgruppe III wurde 1964 nicht nur die Fortsetzung der Erfüllung ihrer generellen Aufgaben auf dem Gebiet des kulturellen Lebens aufgetragen, sondern auch die Realisierung einiger richtungsweisender Vorhaben und Neuschöpfungen. Zu ihnen zählen die Errichtung eines "Hauses des Buches" sowie des zweiten Bauteiles für das Internationale Studentenheim der Stadt Wien in Döbling, weiter eines "Hauses der Begegnung" in Floridsdorf als kulturelles Zentrum für diesen Bezirk.

Die Altfassadenaktion der Stadt Wien sollte ausgebaut und mit einem umfassenden Konzept der Erhaltung der Altstadt verbunden werden.

Das Bau- und Raumsanierungsprogramm zugunsten der Wiener Volksbildung, das 1959 begonnen wurde, sollte weitergeführt und die Forderungen und Aufgaben der neuen Schulgesetze erfüllt werden.

Alle diese wichtigen Vorhaben wurden nicht nur realisiert - die angeführten Bauten sind bereits in Betrieb, im Bau oder vor ihrer Fertigstellung.

Die Stadt Wien bekennt sich zur modernen Schule, zu zeitgemäßer Jugend- und Erwachsenenbildung, zur Idee der immerwährenden Bildung des Menschen und zur Demokratisierung des Zuganges zu Bildung und Kultur. Ausdruck dieses Willens ist zunächst die Erfüllung der Verpflichtung der Gemeinde Wien als Schulerhalter.

Der Mensch des dritten Jahrtausends

In den Schulen unserer Zeit wird der Mensch des dritten Jahrtausends gebildet. Er wird dann Träger dessen sein, was an Altem übernommen und an Neuem geschaffen wird. Oberster Grundsatz für Wiens Schulpolitik war und ist es, jedem Kind unserer Stadt die besten Chancen zu eröffnen. Wer die Verhältnisse unserer Wiener Schulen kennt, wird das heiße Bemühen um die Erfüllung der Aufgaben überall spüren, ganz gleich, ob es sich um Volks-, Haupt-, Sonder- oder Berufsschulen handelt.

Für 1969 stehen für schulische Aufgaben 421,460.100 Schilling zur Verfügung. Das bedeutet eine Erhöhung des Ansatzes gegenüber 1968 um 51 Millionen oder rund 14 Prozent. Seit 1959 wurden für die Schulen Wiens 2,1 Milliarden Schilling aufgewendet.

Für die Baukosten des kommenden Jahres stehen derzeit 173 Millionen Schilling und für den Sachaufwand unserer Schulen 73 Millionen Schilling zur Verfügung.

Die Entwicklung der Schülerzahlen bei Volks- und Hauptschulen zeigt eine ständig steigende Tendenz. Im Schuljahr 1968/69 werden unsere Schulen von 96.797 Schülern besucht, das bedeutet eine Steigerung um 4.800 Kinder oder 165 Klassen. Durch das weitere Steigen der Geburtenzahlen bedingt, rechnen wir für das Schuljahr 1973/74 mit 119.000 Schülern.

Im Erkennen dieser Situation, erlebt Wien derzeit eine gigantische Schulbautätigkeit. Im kommenden Jahr werden wir an 21 Schulneubauten weiterbauen, sechs Schulbauten werden neu begonnen, bzw. erweitert und für sechs weitere Schulbauten müssen Planungsarbeiten begonnen werden. Um bei vorher nicht erkennbarem Spitzenbedarf für einen vorübergehenden Zeitraum Klassenzimmer zur Verfügung zu haben, wird gegenwärtig untersucht, ob sich die in Holland bereits seit mehreren Jahren in Betrieb befindlichen "Schulen auf Rädern" auch in Wien verwenden lassen.

Neben der großen Bautätigkeit werden im kommenden Jahr etwa an zwanzig Schulgebäuden Modernisierungsarbeiten durchgeführt.

Für die Wiener Berufsschulen sind Ausgaben in der Höhe von 60,6 Millionen Schilling vorgesehen. Für die Planung einer neuen Berufsschule für das Gastgewerbe wird ein Betrag von 230.000 Schilling bereitgehalten.

Bedingt durch die geburtenschwächeren Jahrgänge 1952/53 und die Einführung des Polytechnischen Lehrgangs wiesen die meisten Berufsschulen eine mehr oder weniger stark fallende Tendenz auf. Besonders die Berufsschulen für chemische, leder- und papierverarbeitende Berufe sowie für Tapezierer hatten einen Rückgang des Schülerstandes um rund 14 Prozent, die für Maschinenschlosser um rund 21 Prozent. Keine andere Schultype ist dem Wandel und Wechsel der Zeit und den damit größer werdenden Anforderungen mehr unterworfen als die Berufsschule. Der Schulerhalter muß daher bemüht bleiben, für die beste Ausbildung nach modernsten Gesichtspunkten zu sorgen.

Unsere Landesbildstelle war und ist bemüht, trotz Personalmangel alle Aufgaben auf dem optischen, akustischem Gebiet im Dienste der Bildungsarbeit zu erfüllen. Da unsere Schulen vorbildlich mit audiovisuellen Lehrmitteln ausgestattet sind, wächst gleichzeitig damit der Aufgabenbereich der Landesbildstelle, die zum Beispiel allein 2.724 Projektionsgeräte zu betreuen hat.

Nur 14 Prozent der Schüler spielen ein Instrument

Den 34 Lehrkräften der Modeschule brachte im vergangenen Jahr der Abschluß neuer Arbeitsverträge eine wesentliche Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, zu der auch die Fortsetzung der baulichen Sanierung und die Errichtung eines Turnsaales mit wertvollen Nebenräumen beitragen wird. An dieser Bauführung beteiligt sich auch der Bund mit einem entsprechenden Betrag.

Das Konservatorium der Stadt Wien genießt einen weit über die Grenzen unserer Stadt und unseres Landes hinausgehenden ausgezeichneten Ruf. Daher ist es unerläßlich, daß die Stadt Wien sich weiter vorbehaltlos zur Förderung der Musikerziehung bekennt. Der Betrag, der für diese Belange vorgesehen ist, nämlich rund 23 Millionen Schilling, demonstriert eindrucksvoll dieses Bemühen.

Eine kürzlich fertiggestellte Untersuchung beschäftigte sich mit der Frage, ob und in welchem Ausmaß Wiener und österreichische Kinder Instrumentalunterricht nehmen. Die Ergebnisse sind beunruhigend, denn von den 960.000 Schülern spielen nur 14 Prozent ein Instrument. Am Konservatorium, an den Musikschulen und in den Kindersingschulen werden von 227 Lehrern insgesamt 9.297 Schüler unterrichtet.

Bei allen neu entstehenden Kulturzentren werden auch Räumlichkeiten für die Musikschulen eingeplant, selbstverständlich auch geeignete Möglichkeiten für unser Landesjugendreferat bzw. für den Wiener Jugendkreis. Gerade in unserer Zeit, in der sich ganze Industriezweige förmlich auf den Jugendlichen stürzen und seine Interessen ausbeuten, wird die Gefahr immer größer, daß der künftige Beruf unserer Kinder der eines gelernten Verbrauchers sein wird. Daher gewinnen die Aufgaben und Ziele unseres Landesjugendreferates immer mehr an Bedeutung.

In den letzten Jahren hat sich der Wirkungskreis des Landesjugendreferates und des Wiener Jugendkreises erfolgreich erweitert. Der Budgetansatz stieg seit 1966 von rund zwei Millionen Schilling auf rund 7,2 Millionen Schilling oder um 255 Prozent.

Mehr Geld für die Volksbildung

Eine wichtige Aufgabe im Rahmen der Bildungsarbeit erfüllen unsere Büchereien. Mit dem "Haus des Buches", das 1969 fertiggestellt sein wird, als Zentrum und den geplanten fünf großen Stützpunktbüchereien sollen den Lesern der Zweigstellen für differenzierte Ansprüche zusätzliche Bestände aus fachlicher und wissenschaftlicher Literatur geboten werden. Im kommenden Jahr ist im Budget schon die Errichtung der ersten Stützpunktbücherei im 19. Bezirk vorgesehen. Die zweite Stützpunktbücherei wird sich im 21. Bezirk befinden. Für den Ankauf von wertvollem Schrifttum und für Buchpreise stehen 1969 fast zwei Millionen Schilling zur Verfügung.

Angesichts der Tatsache, daß der "nachsulischen" Weiterbildung in unserer mobilen Gesellschaft wachsende Bedeutung zukommt, wurden die Subventionen für die Volksbildung und Erwachsenenbildung bedeutend erhöht. Dafür stehen 5,5 Millionen Schilling zur Verfügung, wozu noch 400.000 Schilling für die Gebäudeerhaltung kommen.

Die Wiener Volkshochschulen, die 1967/68 über 5.300 Kurse mit mehr als 121.000 Teilnehmern und 8.908 Veranstaltungen mit über 1,1 Millionen Besuchern durchführten, konnten im abgelaufenen Arbeitsjahr ihr Programm wesentlich verbessern. Das bisher größte Bildungs- und Veranstaltungszentrum, das "Haus der Begegnung" in Floridsdorf wurde übergeben; dadurch hat das Gebiet nördlich der Donau endlich auch ein großes Erwachsenenbildungszentrum erhalten. Die Volkshochschule Wien-West wird im kommenden Jahr ihr neues Haus beziehen können. Die Volkshochschule Hietzing steht vor dem Baubeginn. Für das "Haus der Begegnung Liesing" sind im Budget vier Millionen Schilling vorgesehen, für das Haus der Begegnung in Rudolfsheim eine Planungsrate von 200.000 Schilling.

Erziehung und Bildung sind nur dann vollkommen, wenn die körperliche Ertüchtigung mit inbegriffen ist. Im Budget 1969 sind daher für das Sportgeschehen 45,2 Millionen Schilling vorgesehen. Eine gewaltige Steigerung erfuhren die Förderungsbeiträge: sie konnten von 4,6 Millionen im Jahre 1967 auf 8,5 Millionen für das Jahr 1968 und auf 18 Millionen im Jahre 1969 erhöht werden. Das ist eine Steigerung seit dem Vorjahr um mehr als 110 Prozent und seit 1967 um fast 300 Prozent.

Mit diesem Betrag können nicht nur sportliche Veranstaltungen durchgeführt werden; erstmalig werden sportplatzzerhaltende Vereine durch Förderungsmittel in die Lage versetzt, notwendige Instandsetzungsarbeiten auf ihren Plätzen durchführen zu können.

Für Bauvorhaben sind im kommenden Jahr mehr als 19 Millionen Schilling vorgesehen. Erhaltungsarbeiten im Stadion und im Stadionbad sind darin ebenso enthalten wie Summen für die Radrennbahn, das Sportzentrum West und für den Bau bzw. die Renovierung von Spiel- und Sportanlagen.

Da der Internationale Radrennverband seine Zustimmung gegeben hat, in Zukunft auch in gedeckten Hallen Bewerbe durchführen zu lassen, konnte man die Radrennbahn in eine Mehrzweckhalle umplanen, die vor allem auch für Leichtathletiktraining und andere Sportdisziplinen zur Verfügung stehen wird.

Bei dem in Vorbereitung befindlichen Sportstättenplan für Wien wird neben dem Ausbau von Sportzentren -- nach dem Beispiel Wien-West -- besonderes Augenmerk darauf gelegt, daß ein Netz von Sporthallen errichtet wird, damit auch während der schlechten Jahreszeit der Sportbetrieb und das Training aufrecht erhalten werden können. Im 21. Bezirk ist eine Sporthalle in Verbindung mit der Schule schon im Bau, für den 11. Bezirk und für das Sportzentrum West sind die Planungsarbeiten nahezu fertiggestellt.

Die Vergabe der Hallen-Leichtathletik-Europameisterschaft 1969 an Wien und andere sportliche Ereignisse beweisen deutlich, daß die Leistungen Wiens auf dem Gebiet des Sportgeschehens auch im internationalen Bereich anerkannt werden.

Computer speichert Bibliothekskatalog

Dann kam Kulturstadträtin Sandner auf den dritten Programmpunkt zu sprechen, der sich mit der Förderung von Kunst und Wissenschaft beschäftigt.

Die Wiener Stadtbibliothek konnte auch im heurigen Jahr ihren wertvollen Bestand vergrößern. Die Erwerbung der großen Privatsammlung "Bibliotheka Schubertiana" des Wieners Ignaz Weinmann steht vor dem Abschluß.

Im Zuge der Ausnützung der Datenverarbeitungsanlage wird begonnen, die Kataloge der Wiener Stadtbibliothek in dieser Anlage zu speichern. Die Wiener Stadtbibliothek geht darin allen österreichischen Bibliotheken voran und führt damit eine Pionierleistung durch.

Auch die Museen unserer Stadt haben für das kommende Jahr bedeutende Arbeiten vor sich. Im Historischen Museum wird vor allem an der Reorganisation des Kartei- und Inventarisierungswesens gearbeitet.

Voraussichtlich wird es 1969 möglich sein, die Arbeiten im Geburtshaus von Franz Schubert zu Ende zu führen. Nach Freiwerden der Beethoven-Wohnung im Hause Probusgasse 6 wird man mit der Adaptierung dieser Gedenkstätte beginnen.

Für 1969 ist auch ein reichhaltiges Ausstellungsprogramm geplant: "Wien 1900 bis 1950", "Wiener Plätze einst und jetzt", sowie "Mode des Empire und Biedermeier" im Schloß Hetzendorf.

In den letzten Jahren haben die Wiener Heimatmuseen erfolgreich gearbeitet; durch interessante Sonderausstellungen wurden die wertvollen Bestände einem breiten Publikumskreis zugänglich gemacht.

Zwei Großausstellungen, Pablo Picasso und Angelika Kauffmann waren jede in ihrer Art geeignet, das Wiener Publikum und ausländische Gäste mit Leistungen der europäischen Kunst vertraut zu machen. Erstmals wurde im Rahmen der Bundesländeraktion in der Neuen Galerie in Linz eine Ausstellung aus Beständen des Kulturamtes unter dem Titel "Moderne Kunst aus Wien" mit großem Erfolg durchgeführt. Die Gegenausstellung wird 1969 nach Wien kommen. In Zusammenarbeit mit dem Museum für angewandte Kunst wird im kommenden Jahr das Lebenswerk Anton Hanaks vorgestellt werden.

370.000 Besucher im Theater an der Wien

Theater und Film gehören zu den wandlungsreichsten Phänomenen unserer Zeit und erwecken immer wieder die lebhafteste Anteilnahme der Bevölkerung. Wie schon am Beispiel des Raimundtheaters gezeigt wurde, ist die Stadt Wien entschlossen, das Angebot an Theaterkultur aufrecht zu erhalten und dort, wo es möglich ist, auch zu erweitern.

Die im Budgetansatz 1969 vorgesehene Erhöhung der Ansätze werden Rückschläge der Jahre 1967/68 in den Gebarungen der Wiener Privattheater auffangen können. Für Theaterbelange inklusive Jugendabonnements, Theater der Jugend und Sommerprogramme stehen 37 Millionen Schilling zur Verfügung.

Das Theater an der Wien konnte in der Saison 1967/68 und auch in der bis jetzt laufenden Spielzeit einen nachhaltigen Erfolg buchen. In der letzten Saison wurden 380 Vorstellungen gespielt, die von 370.000 Personen besucht wurden. Das entspricht einem Besuch von 83 Prozent und liegt damit weit vor der Besucherfrequenz anderer Bühnen. Das Theater hat endgültig seinen Status als Volltheater erreicht und wird nach wie vor von Wien allein subventioniert. Für das kommende Kalenderjahr wurden zwölf Millionen in das Budget aufgenommen.

Hilfe für den österreichischen Film

Durch Auftragsproduktionen bemüht sich das Kulturamt, die Filmwirtschaft zu beleben und künstlerisch wertvolle Kurzfilme, die auch im Fernsehen einsetzbar sind, herzustellen. So sind Filme über die ~~Wien~~ Schubertgedenkstätten, Wien als Kongreßstadt und Sitz internationaler Organisationen über Gustav Klimt, Betty Fischer und Remigius Geyling in Arbeit.

Der erfolgreiche österreichische Spielfilm "Maas auf den Steinen" konnte mit wesentlicher Unterstützung der Stadt Wien hergestellt werden. Für den abendfüllenden Kokoschka-Film sowie für drei Experimentalfilme junger Wiener Filmschöpfer sind erhöhte Zuwendungen vorgesehen. Besonders Augenmerk ist auf die Förderung des Filmnachwuchses gerichtet. Im Budget ist für diese Aufgabe ein Betrag von 300.000 Schilling vorbereitet.

Die Musikförderung hat in Wien wohl eine sehr lange Tradition aufzuweisen, denn bereits im Jahr 1288 wurde amtlicherseits dem Spielmanns-Stand stützend unter die Arme gegriffen. Bei dem großen Aufgabengebiet der Musikförderung lassen sich drei Tätigkeitsbereiche unterscheiden:

Pflege zeitgenössischer Musik und Förderung des schaffenden Künstlers,

Förderung des Konzertbetriebes sowie

Maßnahmen, die zu einer möglichst großen Verbreitung der aktiven und passiven Musikpflege in der Bevölkerung führen.

Der Konzertbetrieb wird vor allem über die Orchester durch Vergabe von 15 bis 16 Millionen Schilling an Subventionen an verschiedene Gemeinschaften gefördert.

Der Verbreiterung der Musikpflege dienen unsere Musikschulen ebenso wie die Schülerkonzerte, das Jugendabonnement und die große Reihe von Eigenveranstaltungen. Insgesamt hat das Musikreferat im vergangenen Jahr 188 musikalische Veranstaltungen geplant.

Im kommenden Jahr stehen für die Bewältigung interessanter künstlerischer Aufgaben durch die Wiener Symphoniker seitens der Stadt rund 13 Millionen Schilling zur Verfügung. Neben den konzertanten Aufführungen im Musikverein und Konzerthaus ist eine Österreich-Tournee und eine dreiwöchige Konzertreise in Italien geplant. Während der Wiener Festwochen wird das Orchester beim Musikfest im Konzerthaus die Werke der Wiener Schule interpretieren und im Theater an der Wien für das Ballettfest spielen. Besonders erfreut sind wir über die Einladung der Wiener Symphoniker nach München zu drei Konzerten während der Olympischen Spiele 1972.

Förderung wissenschaftlicher Forschung

Die Förderung der Wissenschaft ist ein wichtiges Teilgebiet des dritten Programmpunktes. Für das kommende Jahr stehen für unsere lernende und studierende Jugend 10,6 Millionen Schilling zur Verfügung. Das bedeutet eine neuerliche Steigerung von 155 Prozent.

Im Jahre 1968 konnten 30 Einzelforschungsvorhaben gefördert und an Fachorganisationen der Wissenschaft, wie beispielsweise der österreichischen Akademie der Wissenschaften und den Notring der wissenschaftlichen Verbände, mehr als 1,5 Millionen Schilling vergeben werden.

Aus der Hochschuljubiläumsstiftung konnten in den letzten drei Jahren nahezu zehn Millionen Schilling der wissenschaftlichen Forschung zugewendet werden. Im kommenden Jahr werden neben den 3,5 Millionen Schilling aus der Stiftung, neben mehreren Millionen Schilling umfassenden Forschungsaufträgen sowie neben Stipendien noch zusätzliche Mittel aus dem neuen Wissenschaftsfonds zur Förderung der Wissenschaft zur Verfügung stehen.

Hinsichtlich der Pflege des Wiener Stadtbildes und der Natur konnte im vergangenen Jahr Entscheidendes getan werden. Einvernehmlich mit den zuständigen Magistratsabteilungen wurde ein Altstadterhaltungsgesetz erarbeitet und dem Amte der Wiener Landesregierung zur Einleitung des Begutachtungsverfahrens vorgelegt.

Das in Österreich bestehende Denkmalschutzgesetz aus dem Jahre 1923 hat als geistige Grundlage nur den Gedanken, Kulturgüter einfach um ihres Wertes willen zu erhalten. Die Bestimmungen der Bauordnung zur Erhaltung von Denkmälern sind vom gleichen Geiste getragen, und die Bestimmungen zur Stadtbildpflege beruhen im wesentlichen auf einem ästhetischen Standpunkt. Man kann aber von einem Baum nicht Stücke aus dem Stamm schneiden, ohne dessen Bestand zu gefährden. Deshalb wird das neue Gesetz auch den Schutz ganzer Zonen vorsehen.

Im nächsten Jahr können unter anderem durch Subventionen im Wege des Bundesdenkmalamtes die Restaurierung des Palais Kinsky, des Hofmannsthal-Schlüssels, des Kornhäuselturms und der Karlskirche begonnen bzw. fertiggestellt werden. In die Altfassadenaktion wurden erstmalig Gebäude der Ringstraße und von Döbling einbezogen. Die stadtbildpflegerische Sanierung des Ortskernes von Grinzing ist im Gange. An den Stadtbahnstationen Karlsplatz werden gegenwärtig Restaurierungsproben vorgenommen. Um den Althausbestand am Passauer Platz und der Beethovengedenkstätten zu sichern, wurden Maßnahmen eingeleitet. Einem der wenigen Baudokumente der Biedermeierzeit, der Windischgraetz-Villa, werden ebenso wie dem Maurer Schlüssel Widmungen zugeführt, die eine denkmalpflegerische Erhaltung gewährleisten.

Schon heute, noch vor der legislativen Behandlung des Altstadterhaltungsgesetzes, ist für wichtige Gebiete - zum Beispiel Spittelberg - ein Verbot für alle Veränderungen vereinbart, und damit die wichtigste Voraussetzung für eine Erhaltung und Sanierung dieses wienerischen Baudenkmal im Stadtzentrum geschaffen worden.

Im Bereich des Naturschutzes wurde im letzten Jahr eine Bestandsaufnahme vorgenommen, um wirkungsvolle Maßnahmen in Ausführung des Wiener Naturschutzgesetzes für die Zukunft vorzubereiten. Diese Arbeiten dienen ausschließlich der Erhaltung unseres natürlichen Erholungsraums, der durch die explosionsartige Entwicklung des Stadtverkehrs und des Städtebaus gefährdet ist.

Erstmalig: Ballettfest in Wien

Die Wiener Festwochen werden im Gegensatz zu den vergangenen Jahren kein einheitliches Motto haben, sondern ein dreigeteiltes Programm, das für in- und ausländische Gäste interessant sein dürfte. Gleich zu Beginn der Festwochen finden die Feierlichkeiten "Hundert Jahre Wiener Staatsoper am Ring" statt. Diese Zentenarfeier ist wohl ein kulturhistorisches Ereignis für ganz Europa.

Im Wiener Konzerthaus wird das internationale Musikfest mit einer umfassenden zyklischen Aufführung der Wiener Schule gestaltet.

Der dritte Programmteil ist das internationale Ballettfest im Theater an der Wien mit zehn klassischen und modernen Ensembles. Es ist dies das erste Ballettfest, das in Wien stattfindet und soll dem Wiener Publikum die Entwicklung des Balletts von der Klassik bis zur Modernen vorführen.

Europagespräche im Frühjahr

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben uns bewogen, die Europagespräche aus dem Rahmen der Festwochen herauszulösen. Um eine intensivere Vorarbeit zu ermöglichen, werden von nun an die Europagespräche im Frühjahr durchgeführt.

Um aber das internationale Gespräch nicht verstummen zu lassen, werden im Rahmen der Viennale 1969 internationale Gespräche über Filmförderung in Europa stattfinden, zu denen namhafte Fachleute nach Wien kommen.

Das Motto der kommenden Viennale "Das Leben in dieser Zeit" gibt Gelegenheit, Filme, die sich in ernster und heiterer Weise mit Problemen unserer Gegenwart auseinandersetzen, zu präsentieren.

Nach dem großen Erfolg des ersten internationalen Musikwettbewerbes 1967 "Franz Schubert und das 20. Jahrhundert" findet im kommenden Jahr ein weiterer Wettbewerb "Von der Romantik zur Wiener Schule" statt, der sicher wieder die musikstudierende Jugend Europas auf Wien aufmerksam machen wird.

Mehr Fremde in Wien

Abschließend kam Kulturstadträtin Sandner auf die Tätigkeit der Wiener Fremdenverkehrsstelle zu sprechen. Das vergangene Fremdenverkehrsjahr hatte eine Steigerung der angemeldeten Wien-Besucher um 4,7 Prozent gebracht, die Übernachtungen stiegen um 3,4 Prozent. Diese günstige Entwicklung wird nach Ansichten der Fachleute auch im laufenden Jahr anhalten. Um sein Aufgabengebiet stärker als bisher betreuen zu können, wird der Fremdenverkehrsverband gemeinsam mit der Kammer für gewerbliche Wirtschaft einen umfassenden Betreuungsdienst auf alle Wiener Informationsstellen ausdehnen und ein eigenes Referat für Kongreßwerbung einrichten.

Die eigenen Fremdenverkehrseinrichtungen, die Jugendgästehäuser, die Campingplätze und das Haus Döbling werden erfolgreich vom Wiener Verkehrsverein verwaltet, betreut und ausgebaut. Um vor allem jungen Reiselustigen weitere Aufenthaltsmöglichkeiten in Wien zu bieten, wird im 23. Bezirk mit dem Bau einer Jugendherberge begonnen werden.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

65. Geburtstag von Wilhelm Rohm
=====

13. Dezember (RK) Am 15. Dezember vollendet der Musikhistoriker Prof. Wilhelm Rohm das 65. Lebensjahr.

Er wurde in Wien geboren, wo er die Staatsakademie für Musik und darstellende Kunst absolvierte. In Ausübung seines Berufs interessierte er sich von Anfang an für die Musikerziehung und wirkte von 1927 bis 1939 als Direktor der burgenländischen Landesmusikschule in Eisenstadt. 1945 machte er sich in Wien ansässig und übernahm die Leitung der Musikabteilung des Österreichischen Bundesverlags, die er zu einer leistungsfähigen Einrichtung ausbaute. Von ihm wurde die Reihe "Hausmusik" ins Leben gerufen, in der wertvolle Kompositionen aus der Zeit des österreichischen Barock bis zur Klassik, aber auch zahlreiche Werke lebender österreichischer Tonsetzer erschienen. Professor Rohm fungierte auch als geschäftsführender Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Musikerzieher Österreichs und übernahm die Hauptschriftleitung der gleichfalls nach dem Krieg neugegründeten periodischen Zeitschrift "Musikerziehung".

- - -

Bezirksvertretungssitzungen in der kommenden Woche
=====

13. Dezember 1968 (RK)

Montag, 16. Dezember:

16.00 Uhr, 14, Hietzinger Kai 1, Amtshaus

17.00 Uhr, 22, Lorenz Kellner-Gasse 15, Sitzungssaal

Dienstag, 17. Dezember:

15.00 Uhr, 21, Am Spitz 1/201, Amtshaus

Mittwoch, 18. Dezember:

17.00 Uhr, 10, Keplerplatz 5, Sitzungssaal

- - -

Die Trauerfeier für Gemeinderat Dr. Bohmann
=====

13. Dezember (RK) Die Trauerfeier für Gemeinderat Dr. Josef Bohmann findet Donnerstag, den 19. Dezember, 11 Uhr, im Ottakringer Friedhof statt.

Im Sinne des Wirkens des Verstorbenen wird gebeten, von Kranzspenden abzusehen und die hiefür in Aussicht genommenen Beträge der Landesorganisation Wien der Kinderfreunde, Postsparkassenkonto 183 241, zu widmen.

- - -

Weihnachtssingen auf dem Rathausplatz
=====

13. Dezember (RK) In bereits traditioneller Weise werden Wiener Kinderfreunde auch heuer wieder am Rathausplatz vor dem Weihnachtsbaum für Bürgermeister Bruno Marek und die Mitglieder des Wiener Stadtsenates Weihnachtslieder singen. Die Veranstaltung findet Donnerstag, den 19. Dezember, um 15.30 Uhr statt.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zu diesem Weihnachtssingen Berichterstatter und Photoreporter zu entsenden.

Ort: Rathausplatz vor dem Weihnachtsbaum (bei Schlechtwetter - Stadtsenatssaal)

Zeit: Donnerstag, 19. Dezember, 15.30 Uhr.

- - -

Autofahrer, Achtung!

=====

Schienenparkverbot nun wieder Tag und Nacht!

13. Dezember (RK) Ab morgen, 14. Dezember, 8 Uhr früh, gilt in ganz Wien das Schienenparkverbot wieder 24 Stunden am Tag. Das heißt also, daß die Parkmöglichkeiten in den Schienenstraßen in den Nachtstunden nicht mehr gegeben sind. Bisher waren die Stunden von 20 Uhr bis 8 Uhr früh von diesem Parkverbot ausgenommen. Die Nacht auf morgen ist die letzte Nacht, in der in Schienenstraßen das Parken erlaubt ist. Das Nachtparkverbot erfolgt im Interesse der Autofahrer, denn nur so ist die Schneeräumung der Verkehrsflächen weitgehend möglich.

- - -

Richtigstellung

=====

13. Dezember (RK) In unserem Bericht über den Debattenbeitrag von Gemeinderat Hans Mayr (RK 12. Dezember, Blatt 3656) soll es in der 5. Zeile richtig heißen: 45.000 Wohnungen (nicht 65.000).

- - -

Prager Straße vierspurig - Allee wurde erhalten
=====

13. Dezember (RK) Seit heute früh gehört der berüchtigte "Flaschenhals" der Prager Straße, das letzte Stück auf Wiener Gebiet, der Vergangenheit an. Bürgermeister Bruno Marek übergab um 7.50 Uhr im Beisein von Baustadtrat Kurt Heller, Stadtbau- direktor Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Koller und des Florids- dorfer Bezirksvorstehers Otmar Emerling das 1,2 Kilometer lange, in zwei getrennten Richtungsfahrbahnen mit je zwei Fahr- streifen in jeder Richtung geführte neue Verkehrsstück dem Verkehr. Damit wurde der Anschluß an den vierspurigen Ausbau der Bundesstraße 2 (Znaimer Bundesstraße) hergestellt.

In der Rekordbauzeit von nur viereinhalb Monaten konnte nun eine Enge beseitigt werden, die besonders beim rückflutenden Verkehr am Wochenende Stauungen verursachte. Wie auf nieder- österreichischem Gebiet wurden auch auf dem Wiener Abschnitt der Prager Straße zwei Richtungsfahrbahnen mit einer Breite von je sieben Metern angelegt, die voneinander durch einen fünf Meter breiten Mittelstreifen getrennt sind. Dadurch war es mög- lich, die bestehende Allee zu erhalten.

Die Bauarbeiten an dem 1,2 Kilometer langen Teilstück der Prager Straße wurden so durchgeführt, daß nördlich der be- stehenden Fahrbahn nach Schüttung eines Dammes die stadtaus- wärtsführende Richtungsfahrbahn gebaut wurde. Sodann konnte der gesamte Verkehr auf diese neue Fahrbahn verlegt und die alte Fahrbahn umgebaut werden. Die Baukosten für das neue Straßen- stück betragen mehr als acht Millionen Schilling. Sie wurden von der Gemeinde Wien vorfinanziert, nachdem am 4. Juli die Übernahme der Prager Straße in das Bundesstraßennetz be- schlossen worden war.

- - -

Personaldebatte

13. Dezember (RK) Nach dem Referat von Stadtrat Bock (SPÖ) kam als erster Debattenredner GR. Karger (KLS) zu Wort, der zugab, daß in den letzten Jahren viel zur Besserstellung der Bediensteten geschehen sei. Die erste Etappe der schrittweisen Nachziehung der Besoldung, die mit 1. Oktober wirksam wurde, sei jedoch unbefriedigend, da sich auch die Steuer und die Sozialabgaben erhöht hätten.

Bei einem C-Beamten zum Beispiel, der um 418 Schilling mehr erhalten hat, betrage die Erhöhung der Steuer 154 S bei Ledigen und 119 S bei Verheirateten, die Sozialabgaben sind um 31.35 S gestiegen.

Wien hätte sich Verdienste erwerben können, meinte Karger, wenn sich die Stadtverwaltung hätte entschließen können, die Nachziehung nicht wie beim Bund in vier Etappen vorzunehmen, sondern beispielsweise in zwei. Er verwies auf Vorarlberg, wo die Nachziehung in zwei Etappen erfolgt.

GR. Karger kam dann auf die Frage der gerechten Einstufung zu sprechen. Maßgeblich müßte stets die Leistung sein, aber mitunter werde nicht einmal die Dienstordnung eingehalten. Bei der Feuerwehr müßten Bedienstete zwei oder drei Jahre lang Offiziersdienst ableisten, ohne in B eingestuft zu sein.

Im Hinblick auf die von der Gewerkschaft angestrebte Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden meinte der Redner, daß Wien mit gutem Beispiel vorangehen sollte. Bei den Straßenbahnern sei allerdings noch nicht einmal die 45 Stunden-Woche verwirklicht.

Karger stellte dann namens seiner Fraktion den Antrag, bis Mitte 1969 als ersten Schritt zur Erreichung der 40 Stunden-Woche die Dienstzeit auf 42 Wochenstunden herabzusetzen.

Anschließend kam GR. Karger auf das neue Pensionsrecht zu sprechen, dessen Zulagen-Anrechnung unbefriedigend sei. Die Pensionisten müßten mitunter jahrelang auf die Neuberechnung warten. Es wäre anzustreben, ihnen bereits jetzt eine finanzielle Abgeltung für die Verspätung zu gewähren. Handle es sich doch um Pensionisten, die sich in den schweren Jahren nach 1945 große Verdienste erworben haben.

Das Pensionsrecht sei auch nicht einheitlich. Angehörige bestimmter Berufssparten könnten nach 35, 32,5 oder nach 30 Dienstjahren pensioniert werden. Hier wäre eine Regelung wie vor 1934 anzustreben: daß der Bedienstete nach Vollendung des 55. Lebensjahres auf eigenen Wunsch in den Ruhestand treten könne.

Personalmangel in Sozialberufen: Es spielt hier die Tatsache keine unbedeutende Rolle, daß die Arbeitsbedingungen noch immer ungünstig sind. Der Redner verlangt eine Bildungszulage für Kindergärtnerinnen und Horterzieherinnen, bessere Einreihung, entsprechende Mehrdienstleistungsvergütung in den Pflegeberufen und die Erfüllung sonstiger seit langem offener Wünsche.

Personal der Stadtwerke: Bei den Verkehrsbetrieben sind die Auswirkungen der Investitionen, der Modernisierung und Technisierung bereits spürbar. Sie erfordern jedoch Umschulungen beim Personal, was für dieses jedoch nicht mit finanziellen Einbußen verbunden sein dürfte. Derzeit ist es so, daß bestimmte Zulagen während der Schulungszeit nicht bezahlt werden. Schließlich liegt die Umschulung ja auch im Interesse der Verkehrsbetriebe.

Eine ungerechtfertigte Maßnahme sei auch die Summierung sogenannter Pflichtverletzungen und die Einhebung einer Geldbuße. So kann ein Schaffner, der in einem Straßenbahnwagen raucht, selbst wenn es an der Endstation ist, mit 50 Strafpunkten belegt werden. Im Wiederholungsfall innerhalb von drei Monaten bekommt er 100 Punkte dazu, das bedeutet dann die Leistung einer Geldbuße. Diese Methode müßte überprüft und beseitigt werden.

Dienstwohnungen: Jenen Bediensteten, die bei Pensionierung ihre Dienstwohnung verlieren, müßte eine Ersatzwohnung zur Verfügung gestellt werden, ohne daß sie für sie untragbare Baukostenzuschüsse leisten müssen. Kontrollen in den Betrieben, die zu Einsparungen führen sollen, dürften nur im Beisein der zuständigen Personalvertretungen ihre Tätigkeit ausüben.

Eine Fülle ungelöster Fragen und Probleme sei noch vorhanden, so unter anderem die Frage der Abfertigung für pragmatisierte Bedienstete, die notwendige Verbesserung des Disziplinarrechtes, verbilligte Straßenbahntickets für Gemeindebedienstete, bessere Aufstiegsmöglichkeiten für junge Bedienstete, Fahrbegünstigung für jugendliche Hilfsarbeiter der Hauptwerkstätte.

Seine Fraktion könne den Ansätzen nicht zustimmen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ): Die Zahlen des Personalbudgets zeigen sehr deutlich die Auswirkungen der Besoldungsreform, die der Wiener Landtag im vergangenen Sommer beschlossen hat. Die Ausgabenansätze im Bereich der Hoheitsverwaltung haben sich auf dem Personalsektor um 15 Prozent, bei den Verkehrsbetrieben um 14 Prozent erhöht. Das sei zweifellos ein Schritt nach vorne, wengleich wir vom westeuropäischen Lohnniveau noch weit entfernt sind. Leider ist es heute auch nicht mehr so, daß wir in Österreich niedrigere Lebenshaltungskosten und kleinere Mieten haben. Wir haben in Österreich eine Menge Tarife, die durchaus Europa-niveau haben und Warenpreise, die vielfach sogar in der Schweiz schon niedriger sind. In dieser Situation hat der ÖGB und auch die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten die Forderung nach einer 40-Stunden-Woche erhoben. Leider hat der Berichterstatter sich mit diesem Problem nicht auseinandergesetzt. Die Auswirkungen eines derartigen Schrittes müßten überlegt werden. Sicher würden in unserer Verwaltung Abteilungen diese Umstellung ohne größere Schwierigkeiten verkraften können. Bei den Verkehrsbetrieben, den Spitälern und verschiedenen anderen Gruppen wird es jedoch nicht ohne weiteres möglich sein. Bei den Pflegeberufen hat man bis heute die 40-Stunden-Woche nicht erreicht. Der Redner hielte es für richtig, die Bediensteten zu fragen, ob sie eine Arbeitszeitverkürzung oder eine bessere Entlohnung haben wollen.

Die Tatsache, daß viele österreichische Staatsbürger Arbeit im westlichen Ausland vorziehen, ist Beweis genug dafür, daß der Wunsch nach höherer Entlohnung stärker im Vordergrund steht als in einem Land mit kurzer Arbeitszeit zu leben.

Zur Vermehrung von Dienstposten: Die Aufstockung auf 49 Dienstposten im Pressedienst müsse ausreichen. Niemand könne vertreten, daß zusätzliche Leute notwendig sind. Die Erfolge in der Öffentlichkeitsarbeit seien ebenso wenig befriedigend wie die Personaleinsparungen durch die Datenverarbeitungsanlage (für die man heuer mehr Personal einsetzen mußte als im vergangenen Jahr). Ihre Kapazität ist dennoch nicht ausgelastet.

Der Gemeinderat kritisierte die für die Öffentlichkeit unverständliche Forderung der Verkehrsbetriebe-Personalvertreter, die einem rascheren Fahren nur bei einer Tunnelzulage zustimmen wollen.

Dem Personalmangel, der sich vor allem in der Jugend- und Erwachsenenfürsorge drückend bemerkbar macht, sollte man durch gezielte Aktionen in Schulen und Elternvereinen entgegentreten. Geld genug hierfür sei vorhanden: Mit drei Millionen Schilling müßte erfolbringende Werbung betrieben werden können.

Auf den Mangel an diplomierten Krankenschwestern eingehend, beschäftigte sich der Gemeinderat mit der geringen finanziellen Differenz zwischen der Bezahlung der ungelernten und mit keiner Verantwortung beschwerten Stationshilfe und der in Eigenverantwortung arbeitenden diplomierten Krankenschwester. Für 280 Schilling Differenz erklärt sich niemand gerne bereit, die volle Verantwortung für Schwerkranke zu übernehmen.

Hirnschall kam sodann auf die Gepflogenheiten der Stadt Wien zu sprechen, die bei Versetzungen in den Ruhestand angewendet werden. Während zwei Drittel aller Krankenschwestern und 95 Prozent der Facharbeiter, Autobuschauffeure, Straßenbahnschaffner und ähnliche Beschäftigte nicht einmal schlichten "Dank" erhalten, wenn sie in Pension gehen, wird der Senatsrat und Obersenatsrat mit "Dank und besonderer Anerkennung", der Amtsrat mit "Dank und Anerkennung" in den Ruhestand versetzt. Eine Praxis, so sagte der Gemeinderat, bei der man sich fragen muß, ob man tatsächlich im 51. Jahr der Republik lebt.

Seine Fraktion werde den Ansätzen nicht zustimmen.

Gemeinderätin Hermine Fiala (SPÖ) berichtete, daß dank gezielter Werbung allein heuer 2.700 neue, meist junge Bedienstete angelobt werden konnten. Die seit dem Jahr 1964 bestehende Lehrlingsausbildung bringe eine fühlbare Erleichterung auf dem Sektor des Büropersonals.

Auch heuer werde man bei Schulende erneut an die Maturanten und Schüler der Polytechnischen Lehrgänge herantreten, um sie auf die Vorteile des gesicherten Arbeitsverhältnisses bei der Stadt Wien aufmerksam zu machen. Der nicht abzuleugnende Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal ist ein Problem, mit dem nicht nur Wien, sondern die ganze westliche Welt zu kämpfen hat.

Der Wiener Prozentsatz - 70 Prozent Fachkräfte und 30 Prozent Hilfskräfte - beim Krankenpflegepersonal ist international gesehen eine sehr günstige Verteilung. Natürlich gebe es auch weiterhin Probleme, besonders bei den geistlichen Schwestern. Von den 578 geistlichen Schwestern, die derzeit Dienst tun, haben 100 das 65. Lebensjahr bereits überschritten.

Zum Problem der Arbeitszeit: Nur 2.000 von insgesamt 5.800 Bediensteten in der Krankenpflege kommen in den Genuß der 45-Stunden-Woche. Die anderen arbeiten zwischen 48 und 51 Stunden wöchentlich.

Die Rednerin regte an, das Krankenpflegepersonal mit Winterkleidung (Schuhe, Westen, Mäntel) auszustatten.

Abschließend würdigte die Rednerin die Initiative der Stadt Wien zur Schaffung eines zweiten Ausbildungsweges für Fürsorgerinnen und Kindergärtnerinnen und stellte fest, daß die Gemeindeverwaltung bemüht sei, die bestehenden Probleme zum Wohle aller Wiener zu lösen.

Als nächster Redner kam GR. Dr. Franz Bauer (ÖVP) zu Wort. Eingangs betonte er, daß seine Fraktion voll hinter allen Maßnahmen der Personalwerbung stehe. Die ÖVP werde dazu immer ihre Unterstützung geben. Er schließe sich auch der Würdigung an, die der Berichterstatter für die Arbeit der Bediensteten ausgesprochen habe.

"Mit äußerster Vorsicht" wolle er sich, sagte Dr. Bauer, zu den Problemen der Pragmatik äußern. In München beispielsweise sei der Prozentsatz der pragmatisierten Bediensteten bedeutend geringer als in Wien, und vielleicht werde auch bei uns der Trend einmal in eine neue Entwicklungsrichtung gehen. Man stelle ja sogar in Gewerkschaftskreisen diesbezüglich gewisse Überlegungen an, da ganz offenbar der Pragmatik heute nicht mehr dieselbe Bedeutung zukomme wie früher. In diesem Zusammenhang müsse - wie übrigens schon vor Jahren seitens der ÖVP - die Forderung nach dem Leistungslohn erhoben werden.

Der Debattenredner findet, daß bei den Zulagen nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten vorgegangen werde. Er zitiert zum Beispiel allein für die Schmutzzulage vier verschiedene Beträge.

Aufnahme und Beförderungen: Gleiche Chancen für alle werden verlangt. Es soll nicht die Personalpolitik der Mehrheit dominieren. (Applaus bei der ÖVP).

Dr. Bauer betont, daß die Kosten einer Verwaltung je diffiziler diese sei, einen steigenden Trend aufweise. "Damit müssen wir rechnen. Auch die besten Computer werden niemals den Menschen ersetzen können."

Sonderverträge: 51 Dienstposten gibt es allein beim PID. In Relation zum Kontrollamt, das immerhin auch für die gesamte Verwaltung arbeitet, findet man dort nur um acht mehr. Dabei gibts im PID bei den Sonderverträgen sehr unterschiedliche Bezahlung. Wer hat das initiiert? Der Redner regt an, das einheitliche Schema des Journalistenkollektivvertrages der Bewertung zugrunde zu legen. - Wessen Idee war es übrigens, den Presdienst vom Sitz des Bürgermeisters und der Stadträte zu trennen? Eine immense Erschwernis für die dort arbeitenden Kolleginnen und Kollegen.

"Wieviele Sonder-, Werks- und Konsulentenverträge gibt es im Bereich der Stadt Wien?"

Es freut den Debattenredner, daß eine Unfallversicherung für die Bediensteten in Vorbereitung ist. Bei den Remunerationen hingegen sei wenig Erfreuliches festzustellen: Es gibt Beamte, die in schöner Regelmäßigkeit zweimal jährlich eine bekommen. "Politisch gemascherlt"!

Ein Spezialproblem sei auch die Pensionierung. Warum mußte z.B. ein 55jähriger bei der Feuerwehr in Pension gehen? Dann zitiert Dr. Bauer den Dienstbeschreibungsbogen, der 75 Positionen aufweist. Er findet dies zuviel und eine bürokratische Fleißaufgabe und bittet, diesen Bogen zu "entrümpeln".

In die Dienstbeschreibung solle - ebenso wie beim Bund - jeder Bedienstete Einsicht nehmen zu können, forderte GR. Dr. Bauer. Anschließend verwies er auf die ungerechte Behandlung der Kindergärtnerinnen und Horterzieherinnen: Mädchen und Frauen, die ihre Ausbildung nicht in städtischen Anstalten erhalten haben, werden eindeutig benachteiligt.

Eine weitere Forderung betraf die Schaffung einer Aufstiegsmöglichkeit für Bibliothekare in den städtischen Büchereien sowie ein neues Personalvertretergesetz, das keine "Fußangeln" für kleine Gruppen hat.

Hinsichtlich der 40 Stunden-Woche stellte der Debattenredner fest, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit einer Gehaltserhöhung gleichkommt. Dieses Problem verlangt daher eine Lösung nach rein volkspolitischen Gesichtspunkten. Solange bestimmte Berufsgruppen immer noch länger als 45 Stunden arbeiten müßten - Erzieher 48, Krankenschwestern 51 Stunden - könne nicht mit gutem Gewissen über eine Herabsetzung auf 40 Stunden geredet werden.

Ein Sonderproblem bildeten die Krankenschwestern und die Spitalsärzte. Es wäre endlich an der Zeit, über ein "Sozialschema" zu beraten. Die Wiener Spitäler verfügen über zu wenig Ausbildungsposten. Den Medizinerinnen wird zwar das Studium garantiert, später werden aber viele keine Möglichkeit haben, ihren Beruf auszuüben.

Abschließend stellte Dr. Bauer fest, daß seine Fraktion den Budgetansätzen zustimmen werde.

Der nächste Debattenredner, GR. Müller (SPÖ), nannte Zahlen über den Beschäftigtenstand der Stadt Wien. 1969 wird die Stadtverwaltung 53.456 Beschäftigte plus 768 Lehrlinge besitzen - das entspricht der Einwohnerschaft von Wiener Neustadt. Zählt man die Pensionisten dazu, dann sind es fast 90.000 Personen, für die fast 6,2 Milliarden Schilling aufgewendet werden.

Die Angehörigen der Beschäftigten und Pensionisten mit eingerechnet, werden sovieler Menschen von der Personalpolitik der Stadt Wien betroffen, wie Linz, die drittgrößte Stadt Österreichs, Einwohner hat. Daß Wien seine Personalpolitik positiv gestalten habe das Referat von Stadtrat Bock bewiesen.

Nach den wirtschaftlichen Krisenerscheinungen der letzten Zeit findet auch die Jugend den Dienst bei der Gemeinde Wien attraktiv. Von den 2.708 neuen Bediensteten, die heuer in vierzehn Feiern angelobt wurden, sind 18 Prozent unter 20 Jahre alt (nicht eingerechnet die Lehrlinge), 54 Prozent sind unter 25 Jahre alt und etwa drei Viertel sind noch nicht 30 Jahre alt. Es gilt nun, das Vertrauen dieser neuen Bediensteten nicht zu enttäuschen. Ihr Entschluß, in den städtischen Dienst zu treten, war gut, denn der Gemeindedienst ist bereits wieder attraktiv geworden. Der Wert des gesicherten Arbeitsplatzes durch die Pragmatisierung wird wieder geschätzt und die etappenweise Verbesserung durch die Besoldungsordnung wirkt sich im Gehalt bereits günstig aus. Man kann also wahrlich nicht mehr von schlechter Bezahlung sprechen, was nicht heißen soll, daß da und dort nicht noch Korrekturen notwendig sind.

Als eine wertvolle Errungenschaft bezeichnet der Redner das Zulagensystem, die vorbildliche Betreuung der Bediensteten durch die Krankenfürsorgeanstalt und die Betriebskrankenkasse der Lehrbetriebe und auch die Zusatzversicherung-Vorsorge. In der nächsten Sitzung des Landtages wird das Unfallfürsorgengesetz für die Beamten der Stadt Wien beschlossen werden, das eine soziale Lücke schließen soll.

Sehr gut und erfolgreich ist die Jugendbetreuung. Die Jubiläumsehrungen erfolgen bereits im festlichen Rahmen, ebenso werden die Pensionisten zu einer Verabschiedung eingeladen, bei der ihnen der Bürgermeister den Dank der Stadtverwaltung und der Stadt Wien ausspricht. Den Gemeindebediensteten steht auch noch ein guter Reisedienst der Gewerkschaft zur Verfügung und mehrere Sport- und Kulturvereine. Wir verfügen nun auch über mustergültige Personalwohnhäuser für Krankenschwestern.

Zu den Dienstbeschreibungen: Es kann hier nicht von einer Geheimniskrämerei gesprochen werden. Das aufgelegte Formular soll nur zur Erleichterung der Beschreibung dienen. Zu einem attraktiven Arbeitsplatz gehört auch ein gutes Betriebsklima. Auch auf diesem Gebiet bemüht sich die Stadtverwaltung und modernisiert die Arbeitsräume Schritt für Schritt. Die in Aussicht genommene Personalzeitung wird sicherlich gleichfalls eine wertvolle Hilfe zur Verbesserung des Betriebsklimas sein. Mit Hilfe des Presse- und Informationsdienstes soll der Gemeindedienst in der Öffentlichkeit bekannter gemacht und dadurch aufgewertet werden. Das sei keine leichte Aufgabe, weil immer wieder gegen Übertreibungen, Verdrehungen, unsachgemäße Darstellungen aufgetreten und auch gegen Unwahrheiten, die von Zeitungen und Rundfunk verbreitet werden, Stellung genommen werden muß. Es müssen alle Möglichkeiten ausgenützt werden, um die Bevölkerung über die Verhältnisse bei der Wiener Stadtverwaltung und über die großen und stolzen Leistungen richtig und wahrheitsgetreu zu informieren. Der Personalstand des PID könne keinesfalls als zu groß bezeichnet werden.

Sehr guten Zuspruch fand der "Tag der offenen Tür", der das Interesse der Bevölkerung an der Wiener Verwaltung geweckt hat. Trotz dem schlechten Wetter wurden alle Erwartungen übertroffen. Die große Besucherzahl bewies, daß die Bevölkerung tatsächlich den Wunsch hat, über die verschiedenen kommunalen Einrichtungen informiert zu werden. Auch Presseaussendungen, Kurzfilme, Plakate und anderes sollen mithelfen, die Lügengespinnste die da und dort gesponnen werden, zu zerreißen und den Wienerinnen und Wienern die Wahrheit zu sagen.

Zum Parteibuch: Bei der Aufnahme in den städtischen Dienst wird in Wien niemand nach einem Parteibuch gefragt. Jeder wird nach seinen Leistungen beurteilt und jeder wird, wenn er tüchtig ist und die dienstlichen Voraussetzungen erfüllt, befördert. Der Bedienstete kann und soll eine politische Gesinnung haben, doch diese stellt keinen Wertgrad dar. In Wien wird nicht das Prinzip des Bundes angewendet, daß ein ÖVP- oder ÖAAB-Mann auf jeden Fall ein Fachmann sei.

Schlußwort

Stadtrat Bock bedauerte, nicht auf alle angeschnittenen Probleme in seinem Schlußwort eingehen zu können. Zu der Frage der Personalzunahme machte er auf die vielen neuen Aufgaben aufmerksam, mit denen sich die Stadtverwaltung allein im Verlauf der letzten zehn Jahre zu beschäftigen hat. Der Aufgabenkreis sei, wie Statistiker errechnet haben, um rund 40 Prozent angestiegen, die Zahl der Neuangestellten aber betrage nur 1.786 Bedienstete. Beweis genug, daß die Stadt alles daransetze, sparsam zu wirtschaften und das vorhandene Personal mit vielen zusätzlichen Aufgaben zu belasten. Zur Betreuung der Datenverrechnungsanlage wurden lediglich sieben Personen in den letzten vier Jahren angestellt. In diesem Zeitraum ist die Lohn- und Gehaltsverrechnung für 11.000 Lehrer hinzugekommen.

Kritik und gute Ratschläge, den öffentlichen Dienst attraktiver zu gestalten und damit mehr Angestellte zu gewinnen, darf mit der Feststellung zurückgewiesen werden, daß es in den vergangenen zwei Jahren gelang, nahezu alle Fehlbestände auszugleichen.

Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die Arbeitssituation in den kommenden Jahren sehr schwierig werden wird, weil der Konkurrenzkampf um jede Fachkraft bis etwa zum Jahr 1975 intensiver als in den vergangenen beiden Jahren geführt werden wird. Die leichte Wirtschaftsrezession der vergangenen zwei Jahre hat dazu geführt, daß sich speziell die etwa 40jährigen um eine sichere und relativ krisenunabhängige Position bemüht haben. Dieses Reservoir also stand zur Verfügung, um die zahlreichen freien Stellen in der Gemeindeverwaltung zu besetzen.

Zu dem Vorwurf der angeblich zu geringen Werbung für Bedienstete in der Sparte der Sozialberufe verwies der Stadtrat darauf, daß 60 Prozent des Werbebudgets dafür ausgegeben worden sind. Was die Umreihung der diplomierten Fürsorgerinnen in die Gruppe B anlangt, ist zu hoffen, daß man in naher Zukunft zu einer zufriedenstellenden Lösung kommen wird.

Dienstwohnungen: Gerade bei Gemeindebediensteten kann man keine Ausnahmen machen. Wenn sie Wert auf eine neue schöne Wohnung legen, müssen sie wie alle Wiener einen entsprechenden Baukostenzuschuß bezahlen. Dennoch werde man selbstverständlich jeden Fall individuell überprüfen.

Auf die geforderten Europalöhne eingehend unterstrich Bock, daß diese zwar Ziel der Gewerkschaften sind, der öffentliche Dienst aber nicht Schrittmacher dafür sein kann. Die Entlohnung im Gemeindedienst muß an das Niveau der österreichischen Wirtschaft angepaßt sein. Die 40-Stunden-Woche, die GR. Bauer als Utopie qualifiziert hatte, bezeichnete der Personalreferent als eine reale Frage, mit der man sich ernsthaft beschäftigen wird müssen. Der von der Gewerkschaft präliminierte Zeitraum von vier Jahren wird der Gemeinde Gelegenheit geben, das Problem schrittweise zu lösen.

Als "falsche Rechnung" bezeichnete der Stadtrat die Erwägungen, die hinsichtlich des Presse- und Informationsdienstes vorgebracht worden seien. Der PID als Ganzes sei natürlich jetzt zum erstenmal im Budget, da es ihn ja erst seit kurzem gebe. Aber er habe natürlich in Teilen schon vorher bestanden, wie etwa im Referat III der Stadtbaudirektion. Darüber hinaus handle es sich, wenn die Anzahl der Bediensteten genannt werde, ja keineswegs ausschließlich um Journalisten. Man könne jetzt nicht sagen, welche Aufgaben der PID noch zu übernehmen haben werde. Eine personelle Ausdehnung stehe im Bereich des Möglichen, aber ebensogut könne eine Reduktion in der Anzahl der Beschäftigten eintreten.

Zum Problem der Remunerationen zog der Stadtrat den Vergleich mit der Praxis auf Bundesebene und bezeichnete es als gute und richtige Vorgangsweise, daß in der Bundeshauptstadt solche Remunerationen vom Stadtsenat beschlossen werden, was sich öffentlich kontrollieren lasse. "Beim Bund hingegen erhält der Bedienstete vom Sektionschef das bekannte blaue Sackerl, von dem niemand weiß, wieviel drin ist", sagte Bock. (Zwischenruf GR. Dr. Bauer: "Das müssen wir aber schon auf das entschiedenste zurückweisen!")

Es stimme aber auch nicht, daß die "kleinen" Bediensteten keine Remunerationen erhalten: Allein heuer seien etwa 170 Krankenschwestern damit bedacht worden.

Zum Problem der Jungärzte, die in absehbarer Zeit in immer größerer Zahl auf der Suche nach Arbeitsplätzen sein werden, stellte Stadtrat Bock fest, daß die Stadt Wien selbstverständlich das ihre tue. Aber auf diese Probleme müsse sich natürlich auch die Landesvertretung der Ärzte einstellen, und am besten wäre ein Gesamtplan für ganz Österreich.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des I. Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. Der Antrag der KLS wegen der Einführung der 42 Stunden-Woche wird einstimmig zugewiesen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Prof. Dr. Walter Birkmayer: Ehrenmitglied der Französischen

=====

Neurologischen Gesellschaft

=====

13. Dezember (RK) Prof. Dr. Walter Birkmayer wurde vergangene Woche als bisher einziger Österreicher zum Ehrenmitglied der Französischen Neurologischen Gesellschaft ernannt. Die Neurologische Gesellschaft ist die einzige ihrer Art in Frankreich und zählte den Lehrer von Prof. Sigmund Freud, Prof. Dr. Charcot, bereits zu ihren Mitgliedern.

Prof. Birkmayer, Chef der "Modellstation für Chronisch Erkrankte" im Krankenhaus der Stadt Wien-Lainz gelang es, als Ursache der Parkinson'schen Erkrankung und des Veitstanzes eine biochemische Störung des Körperhaushaltes zu erforschen.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

=====

13. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Chinakohl 3 bis 4 S, Karotten 4 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel: Qualitätsklasse II 5 bis 8 S, Qualitätsklasse Kochobst 3 bis 4 S, Orangen 6 bis 7 S je Kilogramm.

- - -

Verkehrsverbesserungen bei Mariahilfer Straße-Gürtel
=====

13. Dezember (RK) Dienstag, den 17. Dezember, wird die neue Gleisanlage der Verkehrsbetriebe am inneren Mariahilfer- und Gumpendorfer Gürtel und die neue Gleisschleife der Linie 6 bei der Mariahilfer Straße in Betrieb genommen. Mit gleichem Tag verkehrt die Linie 6 über die Schönbrunner Straße bis zum Margareten Gürtel und von hier gemeinsam mit den Linien 7 und 18 bis zu dieser neuen Schleife. Die auf dem äußeren Gürtel liegenden Gleise zwischen Mariahilfer Straße und Gaudenzdorfer Gürtel werden stillgelegt und der 18er, für den diese Trasse hauptsächlich gegolten hatte, wird über die neue Gleisanlage auf dem Innengürtel bis zur Mariahilfer Straße geführt. Damit ist der Außengürtel in diesem angegebenen Bereich schienenfrei.

Die neue Schleife zwischen Kurzgasse und Mariahilfer Straße wirkt wie ein großer Achter: Ihr zum Westbahnhof zugelegener Teil wird, wie gesagt, der Linie 6 als Umkehrschleife dienen, das entgegengesetzte Stück ist dem künftigen Umkehrverkehr der Linie 9 vorbehalten, die derzeit noch beim Hesserdenkmal die Schleife hat.

Im Zuge dieser Umstellungen werden die bisherigen Haltestellen auf dem Gürtel in Fahrtrichtung zum Westbahnhof ein wenig zurück- und mehr zur Stadt zu verlegt. Die Haltestellen der Gürtelstrecke bei der Gumpendorfer- beziehungsweise Sechshauser Straße werden in Fahrtrichtung Westbahnhof am Innengürtel unmittelbar vor der Gumpendorfer Straße und in der Gegenrichtung am Innengürtel unmittelbar neben dem Gebäude der Stadtstation Gumpendorfer Straße errichtet.

Für die Autofahrer, die die Gumpendorfer Straße in Richtung Sechshauser Straße beziehungsweise Sechshauser Gürtel benutzen wollen, gibt es eine wichtige Änderung. An dieser Kreuzung (Außengürtel-Sechshauser Straße) besteht ein Linksabbiegeverbot! Die Verkehrsregelung an dieser Kreuzung wird durch eine provisorische Verkehrslichtsignalanlage erfolgen.

Vier Renner-Preis-Träger der Stadt Wien für 1968
=====Hohe Anerkennung für Forschung, Wissenschaft und Kunst

13. Dezember (RK) Auf Grund eines einstimmigen Vorschlages des von ihm eingesetzten Kuratoriums hat Bürgermeister Bruno Marek bestimmt, daß der Renner-Preis der Stadt Wien des Jahres 1968 in Höhe von 200.000 Schilling an zwei Personengemeinschaften und an zwei Einzelpersonlichkeiten verliehen wird. Es handelt sich um die Tierärztliche Hochschule in Wien, die auf ihr 200jähriges Bestehen zurückblickt, um die Akademie für Angewandte Kunst in Wien aus Anlaß ihres 100jährigen Bestehens, um den Psychiater und Neurologen Univ.-Prof. Dr. Hans Hoff als einen Hauptrepräsentanten der Wiener Medizinischen Schule sowie um den Orthopäden Medizinalrat Dr. Leopold Zemann für seine Forschungsarbeiten und seine Erfindung einer elektronischen Prothese.

Die feierliche Preisverleihung durch den Bürgermeister findet kommenden Jänner im Rathaus statt.

Damit wurden zum 15. Mal seit ihrem Bestehen heuer die Preise aus der Dr. Karl Renner-Stiftung verliehen. Die Stiftung trägt den Namen des großen Staatsmannes und geistigen Vaters der Ersten und Zweiten Republik. Der Wiener Gemeinderat hat Dr. Karl Renner anläßlich der Vollendung seines 80. Lebensjahres durch die Errichtung der Stiftung ein sinnvolles Geburtstagsgeschenk gemacht.

Nach den geltenden Richtlinien können Einzelpersonen und Personengemeinschaften in den Genuß der Stiftung treten. Diese ist dazu bestimmt, Verdienste um die Republik Österreich zu belohnen. Es muß sich dabei um Leistungen von ganz besonderer Art handeln: Um ein mutiges, beispielgebendes Verhalten, das unter den erschwerendsten Umständen erfolgt und geeignet ist, die Beziehungen zu den Mitmenschen und das Zusammengehörigkeitsgefühl zu vertiefen, um ein Wirken von weittragender Bedeutung, durch welches das Ansehen des Landes und seiner Bundeshauptstadt erhöht wird.

Diplomverleihung im Allgemeinen Krankenhaus

13. Dezember (RK) Im neuen Schwesternheim des Allgemeinen Krankenhauses hat heute Gesundheitsstadtrat Dr. Otto Glück an siebzig neue Assistentinnen und Assistenten des Laboratoriumsdienstes die Diplome verliehen. Dreizehn davon bestanden mit Auszeichnung. Der Gesundheitsstadtrat betonte, daß es sich bei diesem Beruf um eine zwar stille, jedoch sehr wichtige Arbeit im Dienste der Allgemeinheit handelt. Mit den besten Wünschen für ein erfülltes Berufsleben schloß er die schlichte Feier.

-- --

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Die Kulturdiskussion

13. Dezember (RK) Als erster Debattenredner zum Kapitel Kultur sprach GR. Lauscher (KLS). Er unterzog die Schulpolitik der Stadt Wien einer kritischen Betrachtung. Keine Vorsorge wurde für die Einführung der neuen Schülerhöchstzahlen getroffen.

Die zweijährige Pädagogische Akademie wurde zwar gegründet, die benötigten Räumlichkeiten aber nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt. Der Bau des Ausbildungszentrums und der dazugehörigen Werkstätten in Favoriten ist noch lange nicht vollendet. Die künftigen Lehrer müssen mit einem unzureichenden Provisorium im Pädagogischen Institut in der Burggasse vorlieb nehmen.

Ebenso wenig bekümmere man sich um die Ausbildung und Weiterbildung der Haupt- und Fachschullehrer. Bis heute hat es die sozialistische Schulverwaltung nicht zustande gebracht, einen so großen Stock von Hauptschullehrern zu sammeln, daß Vertretungen für Bildungsurlaube zur Verfügung stehen.

Als einen absolut fragwürdigen und abzulehnenden Umstand bezeichnete GR. Lauscher die Tatsache, daß man über den weiteren Lebensweg von Kindern entscheiden muß, wenn diese 10 Jahre alt sind. Dies, obwohl namhafte Fachleute feststellten, daß vor dem vollendeten 12. Lebensjahr nicht einmal noch eine Begabungsrichtung an einem Kind zu erkennen ist. Mit dem Slogan "Mehr Arbeiterkinder an höhere Schulen" wird die Hauptschule in ihrer Bedeutung immer mehr herabgemindert. Nach einem Gesetz aus dem Jahr 1849 entscheiden die Eltern, welchen Bildungsweg ihr Kind einschlagen soll. Und gemäß diesem 120 Jahre alten Gesetz muß dieses Kind dann die völlig sinnlose Aufnahmeprüfung in die höhere Schule machen. Wieder einmal bringe er namens seiner Partei die Anregung, daß man - wie etwa in Schweden - das fünfte und sechste Schuljahr gemeinsam für alle Schultypen führen und Kindern und Lehrern damit die Möglichkeit geben möge, die Eignung auf eine Weiterbildung gründlich zu erforschen.

Für die Erwachsenenbildung wurde ein neues Haus der Begegnung geschaffen, andere solche Häuser wurden erneuert. Es fehle aber die attraktive Gestaltung besonders für die junge Generation. Außerdem solle die Gemeinde Wien besser dafür Sorge tragen, daß ihre eigenen Bediensteten etwa die Abendmittelschule besuchen könnten. Gerade für Straßenbahner oder Feuerwehrleute sei dies so gut wie unmöglich.

Lauscher äußerte sich anerkennend zu den Aktivitäten des Stadtschulrates durch Veranstaltungen zeitgeschichtlicher Ausstellungen. Hingegen habe sich die Jubiläumsausstellung der Verschweigung wesentlicher historischer Tatsachen schuldig gemacht. Auch das Jungbürgerbuch der Stadt Wien, "Wien - meine Stadt", kritisierte der Redner. Die Stärke der KPÖ bei den Wahlen 1966 sei mit 18.636 angegeben, wobei verschwiegen wurde, daß diese Stimmenanzahl in einem einzigen Wahlkreis erzielt wurde, weil die Kommunisten in allen anderen Wahlkreisen zugunsten der SPÖ auf eine Kandidatur verzichtet hätten.

Der Theatersituation widmete sich Lauscher mit der Feststellung, daß die bessere Hälfte des europäischen Repertoires in Wien nicht zu sehen sei. Zwar rückten die Bezirkstheatern des Volkstheaters immer mehr in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses, doch habe das Theater einen viel zu kurzen finanziellen Arm, um seinem Publikum wirklich etwas bieten zu können.

Der Debattenredner schlägt vor, Wien möge die Lage der kleinen Theater nochmals prüfen und der Schrumpfung des Theaterlebens Einhalt gebieten.

Kiba-Stadthalle: Der Zusammenschluß gäbe Wien und der sozialistischen Partei die Möglichkeit, Filmpolitik zu betreiben. Der Gesellschaft gehören drei Verleihfirmen und 25 Kinos. Sie kontrolliert insgesamt ein Fünftel aller Wiener Lichtspieltheater. Die Rationalisierung durch den Zusammenschluß sei unbestritten, die Geschäftsgebarung jedoch rein kapitalistisch. Lauscher schlägt vor, daß die Gemeindeverwaltung der Gesellschaft Weisung gebe, durch gezielten Ankauf und Einsatz von Filmen filmerzieherisch zu wirken.

500.000 Schilling für die Planung einer Landessport-
schule sind begrüßenswert, notwendiger jedoch wäre der Ausbau
kleiner Sportanlagen. Hier hätte Wien ein Manko von mindestens
30 Prozent, bei den Bädern sogar ein solches von 80 Prozent.
"Es ist bedauerlich, daß die Ansätze für Sport um vier Millio-
nen gekürzt wurden. Es ist jedoch erfreulich, daß die Förderungs-
beträge eine Erhöhung um 18 Millionen erfahren haben."

GR. Lauscher schlägt vor, eine neue Initiative zur För-
derung für jene Vereine, die mindestens zwei Nachwuchsmann-
schaften stellen, zu ergreifen. Die vorhandenen Sportplätze
hätten zuwenig Kabinen, seien zum Teil ohne Trainingsbe-
leuchtung und ohne Zeugkammern. "Wo bleibt das Sportzentrum auf
der Schmelz?" Die Turnsaalvergabe an Vereine stelle keine
Lösung dar, weil die Turnwartgebühren von den Vereinen getragen
werden müßten. Dies solle die Gemeinde tun. Erfreulich findet
der Redner die Sportplätze der offenen Tür und die Gratis-
trainingsmöglichkeiten in der Wiener Stadthalle.

GR. Lauscher schloß seinen Debattenbeitrag mit der Fest-
stellung, daß seine Fraktion den Budgetansätzen zustimmen werde.

GR. Peter (FPÖ), bezeichnete das Kulturbudget als eines
der wichtigsten Kapitel - nicht wegen der materiellen, sondern
wegen der geistig-seelischen Bedeutung. Wien als jahrhunderte-
alte Kulturstadt habe ein reiches Erbe zu verwalten. Bedauerlich,
daß in dieser Stadt soviel von "Lebensangst" gesprochen werde,
von "kranker Zeit", und daß die "Problemierung" überhand nehme.
Heute gäbe es nicht mehr Probleme, als es immer gegeben hat.
Aber vor lauter künstlich erstellten Problemen habe man schon
fast verlernt, das Schöne zu sehen.

Dann kam GR. Peter auf das gleichfalls künstlich hochge-
spielte Sexproblem zu sprechen und bezeichnete die darüber ab-
gehaltene Diskussion im Fernsehen als an der Grenze des noch
Erträglichen liegend. Die Schuld treffe nicht nur die an dieser
Diskussion beteiligten Jugendlichen, sondern auch die Erwachsenen,
vor allem die Verwaltung des Fernsehens.

GR. Peter erinnerte anschließend an die Entkleidungsszene Hundertwassers und meinte, er könne der Kulturstadträtin nicht den Vorwurf ersparen, die von Hundertwasser geschickten Blumen angenommen zu haben. Wäre er dort gewesen, er hätte dem Maler eine "Flasche" gegeben.

Nicht nur er, sondern viele Wiener fragen sich, was denn Hundertwasser eigentlich geschehen sei. Ein normaler Wiener wäre entweder in die Klinik Hoff gebracht oder tüchtig gestraft worden. Daß Hundertwasser nichts geschehen ist, müsse als bedrückend empfunden werden. Derartige Künstler können keine Vorbilder für die Jugend sein - man brauche positive und unproblematische Künstler, die dazu beitragen, daß das Leben "entkrankt" werde.

Als erfreulich bezeichnet es der Redner, daß die Ansätze für Naturschutzmaßnahmen besser dotiert sind, daß die Musikschulen und das Konservatorium mehr Zuspruch finden, als unerfreulich jedoch, daß die Ansätze für den Fremdenverkehr geringer sind als 1967 und daß für bauliche Herstellungen weniger aufgewendet wird als ein Jahr vorher.

Auf dem Sektor der Denkmalpflege wäre es wünschenswert gewesen, die Stadtbahnstation Meidling zu erhalten.

Die Ansätze für den Körpersport sind erfreulicherweise gestiegen, nur die Art der Subventionierung von Sportvereinen und Verbänden ist gleich geblieben. Die Subventionsgelder werden nach wie vor getreulich zwischen den roten und schwarzen Vereinen aufgeteilt. Für die anderen bleibt nichts übrig. Das sei reiner Protektionismus. Notwendig wäre es auch, daß sich die Experten zusammensetzen und eine Art Sprachregelung treffen, zwischen Massensport und Spitzensport und zwischen Amateursport und Berufssport, und was in erster Linie subventioniert werden soll. Für den Volkssport müßte mehr Propaganda gemacht werden.

Städtische Schulverwaltung: Es sei sehr erfreulich, daß die Schulbauten und Renovierungen weitergehen und immer mehr und schönere Schulen gebaut werden. Der Redner kritisiert, daß in dem Buch "Unsere Republik ist 50 Jahre alt", das den Schülern überreicht wurde, geschichtliche Unwahrheiten enthalten sind.

Die Ansätze für die allgemeinbildenden Pflichtschulen stiegen erfreulich. Das Pädagogische Institut und die Pädagogische Zentralbücherei sind sehr beeindruckend und das Schönste und Praktischste, das man sich auf diesem Gebiet vorstellen kann.

Als bedauerlich bezeichnet es der Redner, daß das Offizielle Organ der Bundeshauptstadt, "Stadt Wien", in seinem Kunstprozeß und Kommentaren dazu gegen ihn, einen frei gewählten Gemeinderat, polemisiert. Das gäbe es nirgends, in keinem Staat und in keiner Stadt. Es würde ihn freuen, wenn man wiederum zusammenfinden könnte, wie es sich schließlich zwischen dem gewählten Mandatar und dem amtlichen Organ geziert. Er wolle auf dem Sektor der Kunst weder ein Verbot noch einen Zwang. Es drehe sich ihm ausschließlich um das Mäzenatentum, das hier durch Subventionen an Künstler betrieben wird, von denen die Bevölkerung nichts wissen will.

Der Redner schloß damit, daß hoffentlich recht bald eine Zeit komme, in der es wieder gültige Ansichten über schön und häßlich gibt.

Aus Protest aber werde seine Fraktion den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe die Zustimmung versagen.

Der nächste Redner, GR. Dr. Strunz (ÖVP), äußerte sich befriedigt darüber, daß im Voranschlag die Sportförderung und Sportfinanzierung bevorzugter als bisher behandelt und erhöhte Ansätze für Instandsetzungs- und Verbesserungsarbeiten der bestehenden Anlagen vorgesehen sind. Allerdings wäre es an der Zeit, möglichst rasch zu einer gemeinsamen Vereinbarung zu kommen, damit die Sportplätze ebenso wie die Trainingseinrichtungen in der Stadthalle den Vereinen kostenlos zur Verfügung stehen. Die Konstruktion zwischen der Stadt Wien und der Stadthalle hat sich als günstig und fruchtbringend erwiesen und sollte daher auch für die übrigen Sportplätze Geltung erhalten.

./.

Erfreulich sei auch, daß die geographisch gut gelegenen "Sportplätze der offenen Tür" (er meine die an den Schnellbahnstationen liegenden) außerordentlich stark frequentiert sind.

Jedermann wisse bereits, daß die Jugend, ja selbst schon Volksschüler an Zivilisationsschäden leiden und diese nur durch intensives Sporteln und Schwimmen ausgeglichen werden können. Glücklicherweise ist auch die Jugend bereit, Sport zu betreiben, ja sogar regelmäßig zu trainieren. Freilich fehlen die notwendigen Einrichtungen.

Die Radrennbahn, die als Mehrzweckhalle im Prater errichtet wird, könnte zu einem Sportzentrum werden, in dem nicht nur die Radsportler und Radrennsportler trainieren, sondern auch die Jugend allen Sportarten wie Leichtathletik und Trunen, Tennis, Hand- und Fußball nachgehen kann.

Der Redner kritisierte besonders, daß bisher noch nicht eine einzige 50-Meter-Schwimmbahn in Wien geschaffen worden sei. Die Absicht dazu habe schon beim Floridsdorfer Hallenbad und auch beim Dianabad bestanden, aber erst beim Stadthallenbad werde es wirklich dazu kommen.

Wien, das außer Zweifel eine Kulturstadt sei (Zwischenruf Dr. Drimmel: "Das hat der Gemeinderat Peter doch gerade erst bestritten!"), solle doch auch eine Sportstadt werden, und da wäre es wichtig, ein Sportkonzept zu erstellen. Er wolle, sagte Strunz, dazu gleich einen Anstoß geben, und zwar durch die Einbringung eines Antrages. In dem Antrag wird gefordert, daß das Stadionbad zu einem Schwimmsportzentrum mit einem 50-Meter-Hallenschwimmbecken und geeigneten Einrichtungen für das Turm- und Kunstspringen ausgebaut werden soll.

GR. Dr. Strunz schloß seine Ausführungen mit der Bemerkung, daß die Trainingsstätten in Wien für die Bestreitung internationaler Sportveranstaltungen längst nicht mehr ausreichen. Die Wiener Schwimmsportler müßten, wenn sie in einer 50-Meter-Schwimmhalle trainieren wollen, bis Budapest fahren.

GR. Karl Rösner (SPÖ) betonte die Hilfestellung, die die Stadt Wien dem Sport leistet, nicht zuletzt dadurch, daß sie den Sporttreibenden Schwimmbäder, Turnsäle und die Eishalle im Donaupark zur Verfügung stelle. Rösner erwähnte auch das kostenlose Eislauftraining für Wiener Kinder mit heuer bereits mehr als 10.000 Teilnehmern sowie die Sportplätze der offenen Tür, deren sich heuer 17.000 Sportler bedienen.

Die Planung einer Sportschule im Hörndlwald, für die bereits 500.000 Schilling in den Ansätzen enthalten sind, halte er für eine ideale Lösung, sagte Rösner. Die Sportler könnten dort, dem hektischen Stadtleben entrückt, aber gleichwohl noch auf dem Gebiet der Bundeshauptstadt, ihren Interessen ungestört nachgehen. Natürlich seien aber noch weitere Sporthallen nötig, da die Stadthalle für die bestehenden Anforderungen bereits zu klein sei.

Eine Anregung trug der Redner an Stadträtin Sandner heran: Viele Kinder wollen Skifahren lernen, aber Interesslosigkeit der Eltern oder finanzielle Gründe machen es unmöglich, daß die Kinder die nötige Ausrüstung erhalten. Die Stadt Wien könnte Ausrüstungen für solche Kinder kaufen und sie ihnen leihweise zur Verfügung stellen. Man sollte diese Kinder erfassen und mit einem Autobus in den Wienerwald führen, wo sie unter Anleitung von Skilehrern diesen Sport erlernen könnten.

GR. Nora Hiltl (ÖVP) würdigt die Bedeutung der Kultur- und Bildungsarbeit in Wien. Aus einer Forschungsarbeit Professor Dr. Rischkas bringt sie Vergleiche zur Untersuchung des Kulturbudgets in anderen Bundesländern, Städten und Gemeinden. In der Arbeit wird festgestellt, daß Wien in seiner Funktion als Land und Bundeshauptstadt im Verhältnis rund 23 Prozent des gesamten in Österreich aufgewendeten Kulturbudgets zu tragen hätte. Diesem Sollstand, mit 1,4 Milliarden beziffert, stehen im "Ist-Stand" des Budgets der Gemeinde Wien nur 538,9 Millionen gegenüber. Selbst unter Bedachtnahme auf jene Ausgabenposten, die nicht in den Bereich der Stadt Wien fallen würden, wie etwa heimatkundliche Förderungen etc. ergäbe dies ein Manko von mindestens fünfzig Prozent.

Das Wiener Kulturbudget macht nur 5,3 Prozent des Gesamtbudgets aus und rangiert somit weit hinter anderen Ländern, Städten und selbst hinter kleinen Gemeinden.

Das Kulturbudget sei mit nur 5,3 Prozent des Gesamtbudgets überaus gering dotiert. Zum Vergleich: im Bundesbudget werden fast 10 Prozent für kulturelle Zwecke ausgegeben. Es gäbe Gemeinden, die bis zu 15 Prozent ihres Budgets für Kultur aufwenden.

Dann kam GR. Hiltl auf die Hochschul-Jubiläumsstiftung zu sprechen. Die jährlichen Zinsen von 50 Millionen S betragen rund 3,6 Millionen - alljährlich liegen jedoch Ansuchen um Subventionierung in Höhe von 10 bis 12 Millionen Schilling vor. Wien sollte mehr für die studierende Jugend tun, auch wenn man der Ansicht sei, für Hochschulangelegenheiten wäre ausschließlich der Bund zuständig. Wenn sich die Stadtverwaltung entschließen könnte, Baugrund vom Gelände des Allgemeinen Krankenhauses der Universität zu schenken, wäre dies ein wichtiger Beitrag zur Behebung der akuten Raumnot.

In der Erwachsenenbildung seien Reformen dringend notwendig, um eine ständige Weiterbildung zu garantieren.

Für die Büchereien werde zu wenig getan: es müßten viel mehr neue Bücher angeschafft werden. Je moderner eine Bibliothek sei, umso größer sei auch ihre Anziehungskraft.

Den für die Fortbildung der Bibliothekare eingesetzten Betrag von 11.000 Schilling bezeichnete die Debattenrednerin als zu niedrig; damit könnte kaum einmal im Jahr ein Kurs veranstaltet werden.

Das Jungbürgerbuch unterzog die Rednerin einer eingehenden Kritik. Dieses im heurigen Jahr mit einer Auflage von 60.000 Exemplaren herausgebrachte Buch enthalte mehrere Fehler. Auf Seite 37 werden Unterpflasterbahnen als Allheilmittel gegen die Verkehrshochflut angepriesen - dabei habe man doch in Wien den Bau der U-Bahn beschlossen. Auf Seite 28 wird behauptet, daß die Wohnungen nach einem Punktesystem vergeben werden, was bekanntlich nicht zutrifft. Auf Seite 45 heißt es, daß die Gemeinde für Dauerbefürsorgte kostenlose vierzehntägige Urlaube durchführe - in Wahrheit seien diese Urlaube keineswegs kostenlos.

Seien wir den Jungbürgern gegenüber doch ehrlich. Man kann in dem Buch nicht schreiben, daß an einer zweiten Hochquellenleitung gebaut wird, wenn diese schon unter Karl Lueger errichtet wurde. Die Rednerin stellt den Antrag, sich jetzt schon, unter Heranziehung von Fachleuten, mit der Gestaltung des kommenden Jungbürgerbuches zu beschäftigen. Es muß ein repräsentatives Standardwerk geschaffen werden, das über Jahre hinaus Gültigkeit hat und eventuell durch eine aktuelle Beilage jeweils ergänzt werden könnte.

Den Wiener Symphonikern dankt GR. Hiltl für ihre großartigen Leistungen, die zum Ansehen Wiens in der Welt einen großen Beitrag leisten. 1970 jährt sich der 200. Geburtstag Beethovens, der mit seinen Werken mithalf, den Ruhm Wiens als Musikstadt zu festigen und zu erweitern. Entsprechende Vorbereitungen müßten zeitgerecht getroffen werden. Die Rednerin schlägt einen Klavier- und Streichquartett-Wettbewerb vor und stellt den Antrag, aus Anlaß des 200. Geburtstages von Beethoven im Jahr 1970 einen Wiener Beethoven-Preis in Verbindung mit einem internationalen Wettbewerb zu stiften.

Im kommenden Jahr sollten wir den 100. Geburtstag Franz Lehárs nicht vergessen, der viele Jahre seines Lebens in Wien gewirkt hat und unserer Operette zur Weltgeltung verhalf.

Schulbau 21, Prießnitzgasse: Bereits seit 1964 werden Beschlüsse gefaßt und Beträge zur Verfügung gestellt, um in der Prießnitzgasse eine Volksschule zu errichten. Bis jetzt ist man aber trotz den vielen Beschlüssen nur so weit gekommen, daß auf der geplanten Baustelle eine Tafel angebracht ist, die auf das Bauvorhaben hinweist. Die Rednerin stellt die Frage, was mit den bewilligten Beträgen geschehen ist.

Als ein ernstes Problem bezeichnet die Rednerin die Erhaltung des Erholungsgebietes für die Wiener. Nun hat man gehört, daß die Wiener Wiese in Kaltenleutgeben, ein 25 Hektar großes Grundstück, als Bauland umgewidmet wurde. Dieses Gebiet wurde an Sonntagen von 5.000 bis 6.000 Wienern besucht und während der Woche täglich oft von vielen Schulkindern. Man sollte alles unternehmen, um dieses Erholungsgebiet zu erhalten.

Von der steigenden Frequenz im Fremdenverkehr ausgehend, kam die Rednerin auf die Mittlerrolle der Stadt Wien zwischen Ost und West zu sprechen. Die Jugend solle endlich wieder slawische Sprachen lernen. Das Tor nach dem Osten kann nur offen sein, wenn die Menschen unserer Stadt die Nachbarn jenseits der Grenzen auch verstehen können. Sie ging sodann auf die bevorstehende Olympiade 1972 in München ein und berichtete, daß sich die Länder Salzburg, Tirol und Vorarlberg bereits jetzt intensiv damit beschäftigen, wie man die Olympiagäste zu einem Aufenthalt in die Bundesländer bringen könne. Auch Wien sollte schon jetzt überlegen, ob man nicht ähnliche Bemühungen in Verbindung mit eigens zu planenden Großveranstaltungen unternehmen sollte. (Zwischenruf Bürgermeister Marek: "Wir danken für die Empfehlung. Wir haben bereits zwei Großveranstaltungen eingeplant!") Darauf GR.Hiltl: "Leider wissen ich und meine Freunde davon nichts. Ich halte fest, daß ich als erste den Antrag für derartige Unternehmungen gestellt habe." (Bürgermeister: Da sind Sie zu spät gekommen. Die Olympiade, die Ihre Kollegen der Stadt Wien gründlich verpatzt haben, liegt mir heute noch im Magen") Hiltl's Anregung "holen wir uns soviel Gäste wie möglich", wird durch den Zwischenruf unterbrochen: "Ein dürftiges Surrogat, einen Brosamen bieten Sie anstelle einer weltweiten Veranstaltung".)

Abschließend teilt die Rednerin mit, ihre Fraktion werde die Zustimmung zu den Ansätzen der Geschäftsgruppe geben.

GR.Dr.Stemmer (SPO) begann mit der Zusammenfassung, daß bei allen Reden die Anerkennung für die Leistungen des Kulturressorts deutlich zu spüren war. Das Fünf-Jahres-Programm, das man sich zu Beginn der laufenden Arbeitsperiode gestellt habe, sei bereits im Herbst 1968 voll erfüllt gewesen. Dr.Stemmer kam dann auf die letzte Budgetrede des ehemaligen Stadtrates Hans Mandl und auf den damals gehaltenen Rückblick zu sprechen. "Heute haben wir 16 Jahre erfolgreicher Kulturpolitik hinter uns. Aber ich war im Jahr 1945 dabei und ich weiß, welche Fragen noch im Jahr 1949 über das Kulturressort diskutiert wurden. Die Reste der damals möglichen Kulturarbeit waren so minimal, daß viele von uns darüber nachdachten, diese vom Ressort Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten erledigen zu lassen."

Die hitzigsten Gegner dieser Überlegungen waren der damalige Bürgermeister Körner und der heutige Vizebürgermeister Slavik, die erbittert dafür kämpften, die Kulturarbeit in einer selbständigen Gruppe weiterzuführen. Als dann Mandl zum Leiter dieses Ressorts berufen wurde, hatte er kein Vorbild, dafür aber ein von ihm selbst entwickeltes Konzept, das er schrittweise und konsequent durchführte. Ein Konzept auf lange Sicht, verfolgt von einem Mann mit Mut zum Experiment, mit Liebe zu den vielfältigen Aufgaben und einem Menschen, ausgestattet mit einem hohen Maß an Kontaktfähigkeit.

Und gerade diese Kontaktfähigkeit ist im Kunst- und Kultursektor eine der wichtigsten Eigenschaften. Für die junge Gemeinderätin Sandner war es nicht leicht, als sie vor drei Jahren mitten in der Funktionsperiode in das ganz auf die Persönlichkeit Mandls zugeschnittene Arbeitsgebiet eintreten mußte. Die Voraussetzungen, nämlich die persönlichen Qualitäten und Fachkenntnisse, waren alle vorhanden. Sie selbst aber hegte Zweifel, ob sie all das erfüllen werde können, was es an Arbeit und Verpflichtungen in diesem Amt gibt. Die erste Bilanz, heute, drei Jahre später, ergibt: Sie hat fortgesetzt, nichts nachgehakt, einen neuen Stil geprägt, neue Ideen gebracht und ein Kulturprogramm entwickelt.

Dr. Stemmer legte Wert auf die Feststellung, daß eine weitverbreitete Fehlmeinung korrigiert werden müsse: Jene Fehlmeinung nämlich, wonach Wien jedes Jahr im Rahmen des Finanzausgleichs gewissermaßen aus einem Füllhorn mit Geld überschüttet werde. "Der Finanzausgleich ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine Solidaritätsleistung Wiens gegenüber den anderen Ländern!" sagte der Redner. Nachdem er die neuen Ansätze für das Schulwesen genannt hatte (421,4 Millionen Schilling für das Schulwesen direkt, 10,6 Millionen für die Studienförderung und 4,1 Millionen für die Landesbildstelle), traf der Redner eine grundsätzliche Feststellung zu der Haltung, mit der das Schulwesen beurteilt werden muß: "Schulen kosten Geld. Und es stimmt auch, daß dieses Geld nicht gleich wieder in klingender Münze hereinkommt. Aber nichts ist so falsch wie die Behauptung eines Finanzministers der Zweiten Republik aus dem Jahr 1949, daß Schulaufwand ein unproduktiver Aufwand sei."

In den Ansätzen für 1969 sind innerhalb der Geschäftsgruppe 173 Millionen Schilling für Schulbauten vorgesehen. Dr. Stemmer meinte dazu, daß es nicht genüge, allein vom Geld zu reden: Es gehe auch um die Baukapazität und das Bautempo. In all diesen Punkten könne man den Verantwortlichen in Wien vollinhaltlich bescheinigen, daß sie planvolle und zielbewußte Arbeit leisten.

An die Adresse von GR. Lauscher gerichtet: Es sind keine neuen Schulgesetze im Gange, sondern lediglich Besprechungen, aber die Sorge um das neunte Schuljahr ist eben allgemein. Es wird allerdings großer Erfahrung bedürfen, bis es soweit ist, daß man es beschließen kann. "Wir haben nur 2,3 Prozent der Wiener Schulklassen, bei denen Überschreitungen vorkommen." Oft seien dafür tiefe menschliche Gründe maßgebend.

Der Redner ist überzeugt, daß die Entwicklung der musisch-pädagogischen Realgymnasien zunehmen wird, weil sie den günstigsten Weg des Übertrittes für allgemeinbildende höhere Schulen darstellen. Dennoch warne er vor einer Abwertung der Hauptschulen. Er betont, daß Wien auch auf dem Gebiet der Mittelschulen Hilfe geleistet hat, obwohl dies nicht Sache der Stadtverwaltung sei.

Wien hat fünf Gebäude und 36 Klassen für allgemeinbildende höhere Schulen zur Verfügung gestellt. Mehr haben wir nicht. Der Lehrerberuf ist nicht Sache der Stadtverwaltung. "Vor einigen Wochen wurde die Verminderung der Wochenstundenzahl beschlossen, nicht weil es notwendig war, sondern weil das Bundesministerium für Unterricht darauf bestand. Nur protestieren die Lehrer - das haben wir davon."

Dann kommt der Redner auf die gestrige Demonstration vor dem Wiener Rathaus zu sprechen und stellt fest, daß das Echo in allen Zeitungen etwa in dem Sinne einer Demonstration am falschen Platz gewesen sei. Lediglich im Volksblatt hätte ein leises "Bravo" durchgeklungen.

Als an die Pädagogische Akademie eine Übungs-Hauptschule angeschlossen werden sollte, wurde der Antrag zur Errichtung dieser Schule seitens des Unterrichtsministeriums abgelehnt. Dies nicht aus pädagogischen, sondern aus grundsätzlichen Erwägungen.

Wenn man von der Hochschulstiftung der Stadt Wien nur die Zinsen betrachtet, handelt es sich natürlich um "nur" 3,6 Millionen. Aber der Betrag, den die Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt hat, beläuft sich auf 50 Millionen, und immerhin sind bisher bereits zehn Millionen vergeben worden.

Die Aversion gegen Wien habe schon in der Ersten Republik bestanden. Bei den ersten Gemeinderatswahlen im Jahre 1919 sprachen die Gegner der Sozialisten offen davon, daß der "rote Spuk" in Wien rasch beendet werden müsse. Mussolini habe seinerzeit gesagt: "Wenn man die österreichischen Sozialisten treffen will, dann muß man ihre Finanzkraft in Wien vernichten!"

Die Aversion gegen Wien zeige sich auch in der Ablehnung der Olympiade und in den Versuchen, die Ansiedlung der UNIDO zu hintertreiben; es wurde behauptet, man könne auf diesem Gelände nicht bauen, und Moskitos würden Malaria verbreiten.

Das Theater an der Wien mit seiner Besucherfrequenz von 83 Prozent erhält keine Subvention vom Bund. Dem Pädagogischen Institut soll die Subvention gekürzt werden - und das vielleicht anlässlich des 100jährigen Geburtstages des Instituts. Alles das habe natürlich gewisse Rückwirkungen.

Zu dem Vorwurf, das Jungbürgerbuch enthalte Fehler: dieses Buch sei von Fachleuten gemacht worden, aber das schließe Fehler nicht aus. Das Jungbürgerbuch sei wichtig, wie es auch wichtig sei, daß Jugendliche zum Lesen gebracht werden.

GR. Peter habe sich in Zusammenhang mit seiner Auseinandersetzung über die Kunst darüber beschwert, daß unser offizielles Organ, die "Stadt Wien", ihn "hergenommen" hat. Seine Mitstreiter haben die "Stadt Wien" ja auch hergenommen. Sie haben dem Bürgermeister mit einer Klage gedroht. Die Liga gegen entartete Kunst hat einerseits gegen den Bürgermeister eine Anzeige erstattet, andererseits die "Stadt Wien" geklagt und bei den Diskussionen dieser Liga war auch GR. Peter dabei.

./.

Es stehe jedem das Recht zu, eine eigene Meinung über Kunst zu haben, es stehe aber auch den Künstlern zu, etwas zu produzieren, von dem viele sagen, es gefalle ihnen nicht.

Die Wiener Symphoniker haben in der Welt Anklang gefunden, leider war es ihnen jedoch - mit Ausnahme des Weihnachtsbaumkonzertes - noch nicht möglich, in Salzburg Fuß zu fassen. Auch die Modeschule und die Musikschulen haben zur internationalen Bedeutung Wiens beigetragen. Das Konservatorium und die Musikschulen sind wichtige Instrumente für die Heranbildung des Musikernachwuchses.

Fremdenverkehr und Festwochen: Auch hier könnten wir eine starke Unterstützung seitens jener Bundesstellen brauchen, die andere Städte in der gleichen Situation erheblich unterstützen.

Auf dem Sektor der Bewahrung des Stadtbildes unternimmt die Stadt Wien alles notwendige, um die Atmosphäre der Stadt zu bewahren. Im Ausland haben wir eine Ausstellung "Wien, Stadt der Arbeit - Stadt der Kunst" gezeigt, eine bescheidene, jedoch instruktive Schau, die überall guten Eindruck gemacht hat. Sicherlich dreht sich die Welt nicht um Österreich und um Wien, aber sie anerkennt unsere Bedeutung durch die Ansiedlung internationaler Organisationen. Wenn jemand von der Angst gesprochen hat, dann ist sie sicherlich da und dort nicht ganz unbegründet, aber die Verantwortlichen dieser internationalen Institutionen wissen doch, wo wir leben und sie haben abzuwägen, ob unser neutraler Status, von dem wir hoffen, daß er respektiert wird, eine Garantie ist, diese Organisationen hierher zu verlegen. Und daß sie es getan haben, ist eine Chance, die wir nutzen sollen und nicht versuchen, mit kleinlichen Mätzchen zu verhindern. Eine Politik ohne Optimismus sei nicht möglich. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Schlußwort

Stadtrat Gertrude Sandner dankt in ihrem Schlußwort für die Diskussion. Jeder, der sich zum Fortschritt bekennt, braucht Diskussion. Natürlich haben die Schulgesetze große Anforderungen an Stadt und Land gestellt, auch an Wien. Wenn wir aber die daraus erwachsenden Schwierigkeiten bewußt hochspielen wollen, erhebt sich die Frage, Schwierigkeiten und bessere Bildung oder keine Schwierigkeiten und versäumte Chancen. Die Antwort fällt nicht schwer.

./.

Da Hochschulfragen nicht in den Kompetenzbereich der Geschäftsgruppe III fallen, können Gemeinderäte, die diesbezüglich Aufklärung verlangen, diese von den zuständigen Bundesstellen erhalten. Auch sie sei für Zusammenarbeit mit Bundesstellen, nur darf es nicht so verstanden werden, daß der Bund plant und die Stadt zu zahlen hat.

Den Vorwurf, daß Wien eine nicht theaterfreundliche Stadt wäre, müssen wir zurückweisen. Es sei jedoch nicht Aufgabe der Stadt, die Tätigkeit eines Theaterdirektors oder eines Kinobetriebsdirektors auszuüben. Daß wir Subventionen geben, sei eine andere Sache, könne jedoch keinen Einfluß auf die Programmgestaltung haben.

Zu dem Vorwurf von GR. Peter über den Kauf und die Förderung "fragwürdiger" Kunstwerke stellte die Stadträtin fest: In einer Welt, die es gelernt hat, sich selbst zu zerstören, in einer Welt, in der ein Teil der Bevölkerung hungert und nie satt werden kann, kann man von Künstlern nicht erwarten, daß sie problemlose Werke schaffen.

Die Bemühungen um den Sport ergeben sich aus den großen Summen, die die Stadt zur Finanzierung großer sportlicher Veranstaltungen, des Volkssportes, für die Errichtung von Sporthallen und Sportplätzen ausgibt. Selbst dem Skisport wendet man nun großes Interesse zu: Heuer zum erstenmal wurden 100 Paar Schuhe und Ski angekauft, um sie bedürftigen Jugendlichen kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Es sei besser, Leistungen zu vergleichen, statt Spielereien mit Prozenten zu betreiben. Vergleiche aber ergeben, daß Wien um die Bewältigung seiner kulturellen Aufgaben ständig bemüht ist, Bestehendes vertieft und ergänzt und Neues formt. Dazu gehören übrigens auch die zahllosen Subventionsansuchen, die im Verlauf der letzten Monate an das Kulturamt der Stadt Wien herangetragen wurden, weil der Bund diesen seinen Verpflichtungen nicht mehr gerecht werden kann.

Mit Bedauern teilte der Unterrichtsminister in einem Brief mit, daß er die zugesagte Subvention für das Pädagogische Institut um 100.000 Schilling, ja selbst die Subvention für die Symphoniker entscheiden verkürzen müsse. Der Vergleich also ergibt, daß Wien gestern, heute und morgen immerzu bemüht ist, seine kulturellen Aufgaben zu erfüllen. Die Bemühungen aber machen sich bezahlt: der Münchner Oberbürgermeister hat die Wiener Symphoniker zu drei Konzerten im Rahmen der "Kulturolympiade 1972" eingeladen.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze der Geschäftsgruppe III mit den Stimmen der ÖVP und der SPÖ angenommen. Die drei zu dieser Geschäftsgruppe eingebrachten Anträge der ÖVP wurden mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP zugewiesen.

Die Verhandlungen werden am Montag, dem 16. Dezember, um 9 Uhr mit der Beratung über die Verwaltungsgruppen IV (Wohlfahrtswesen) und V (Gesundheitswesen) fortgesetzt. Berichterstatter sind Stadträtin Maria Jacobi (DPÖ) und Stadtrat Dr. Otto Glück (ÖVP).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -